

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mt., bei Platzvorkauf 2.30 Mt.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelle 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Der Bericht des Legationssekretärs v. Schön. (Zur Kriegsschuldfrage.)

München, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Münchner Morgenpost führt in ihrer Nummer 40 die scheinbaren Widersprüche auf, die im bayrischen Gesandtschaftsbericht vom 18. Juli 1914 enthalten sind, der von dem Vertreter des damals nicht ohne Absicht beurlaubten bayrischen Gesandten, Graf Verheulstede, dem Legationsrat v. Schön unterzeichnet war. Die Morgenpost schreibt:

Wir wissen, daß es im diplomatischen Dienst in Deutschland üblich war, einen doppelten Schriftverkehr zu führen. Der eine war ein sekretärer (geheimer), der nur zur privaten Information des verantwortlichen Ministers — im Falle Bayerns des Ministerpräsidenten Hertling — diente und der den Beamten und Referenten des Außenministeriums nicht zugänglich war. In diesen privaten Berichten wurde die politische Lage wahrheitsgetreu und freier und offener dargelegt. Diese Berichte wurden nur eigenhändig vom Ministerpräsidenten behandelt und erledigt. Daneben lief ein offizieller Bericht, der die laufende Nummer trug und den zuständigen Referenten zugänglich war. Diese Berichte wurden so abgefaßt, daß sie gegebenenfalls der Öffentlichkeit übergeben werden konnten. Sie enthielten die Angaben für die Öffentlichkeit. In dem Gesandtschaftsbericht des Herrn v. Schön, den die Süddeutschen Monatshefte einen „jungen, unbekanntem Diplomaten“ nennen, ist der offizielle und der private Bericht zusammengeworfen. Als junger unerfahrener Diplomat hatte er anscheinend keine Kenntnis von der Übung der doppelten Buchführung im diplomatischen Dienst. Daher kommt es, daß in diesem Gesandtschaftsbericht an einer Stelle die Rede sein kann von der „Lokalierung“ des serbisch-österreichischen Konflikts und an einer anderen Stelle von der Unterabteilung jedes österreichischen Vorgehens, selbst an die Gefahr eines europäischen Krieges hin. Die „Lokalierung“ des Konflikts war die für die Öffentlichkeit bestimmte Fäße und der ins Auge gefaßte europäische Krieg die für Herrn Hertling bestimmte private Information des preussisch-deutschen Generalkabes.

Zum Schluss erhebt die Münchner Morgenpost die Forderung nach Veröffentlichung der Akten des preussischen Generalkabes, weil ohne diese Akten die Schuldfrage nicht richtig gelöst werden könnte.

### Die Pariser Konferenz.

Berlin, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In der obersteilischen Frage gibt es nichts wesentlich Neues. Die Sachverständigen sollen, wie Pariser Zeitungen mitteilen, von beiden Seiten abgekommen sein. Spätestens Sonntag wird ein fertiger Vorschlag der Sachverständigenkommission vorliegen. Meber die Dauer der Konferenz werden widersprüchvolle Angaben gemacht. Der Interaktant spricht von einer Teilung der Konferenz. Erstens soll in 2-3 Tagen über Oberschlesien entschieden werden, dann würde eine Pause folgen, um festzustellen, wie Deutschland sich mit dieser Lösung abfindet. Späterhin würde dann eine zweite größere Konferenz alles übrige erledigen.

Auf der gleichzeitig tagenden Konferenz der Finanzminister sollen die Kosten der militärischen Besetzung zur Verhandlung kommen, die für Frankreich, England und die Vereinigten Staaten verschieden sind und für die ein Ausgleich gesucht wird. Weiter wird über die zwischen Belgien und den andern Alliierten schwebenden Finanzfragen beraten werden, einschließlich über die Wiederherstellung, für die Loucheur und Rathenau einen Plan aufgestellt haben, der anscheinend nicht die Billigung Englands findet.

Aus Brüssel wird dem Berliner Tageblatt gemeldet, daß Belgien nur an jenen Beratungen des Obersten Rates teilnehmen wird, die ein direktes Interesse für Belgien haben.

### Die Arbeit des Sachverständigenausschusses.

Paris, 2. August. Die Havasagentur teilt mit, Briand habe die Einladungen an die verschiedenen Mächte, die beim Obersten Rat von Montag, den 8. August ab vertreten sein sollen, gestern abend nicht abgelehnt. Der Ministerpräsident war die Aufstellung der Tagesordnung ab, um zu sehen, welche Staaten an den Beratungen mit den Vertretern der vier Großmächte Frankreich, England, Italien und Japan, aus denen die Konferenz von Rechts wegen besteht, gezogen werden sollen. Inzwischen sche die interaktierte Sachverständigenausschuss die Prüfung der obersteilischen Frage fort. Er habe nacheinander die verschiedenen in Vorschlag gebrachten Teilungspäne studiert: den Plan de Marini, den Plan Le Rond, den Plan Korfanti, den Plan Sforza. Die italienischen Vertreter hätten zu letzterem Entwurf zu erkennen gegeben, er könne eine sehr ernste Verhandlungsgrundlage bilden, ohne jedoch die italienische Delegation zu binden. Die französischen Vertreter hätten sich über ihren Standpunkt noch nicht ausgesprochen.

Paris, 3. August. (L.-U.) Die französischen, englischen und italienischen Sachverständigen fahren fort, am Quai d'Orsay das Problem der Verteilung Oberschlesiens unter Berücksichtigung der Abstimung vom 20. März sowie unter Berücksichtigung der geographischen und wirtschaftlichen Lage der betreffenden Ortschaften zu prüfen. Ihre Arbeiten dürften am Sonntag, dem 7. August, beendet sein.

### Der Brief Dr. Rolens an den französischen Volkshafter.

Berlin, 3. August. (L.-U.) Die Berliner Börsen-Zeitung bringt den Brief Dr. Rolens an den französischen Volkshafter Laurent in einer Uebersetzung aus dem Manchester Guardian. Der Brief lautet:

Ich bin jetzt in der Lage, Ihnen den Standpunkt mitzuteilen, den die deutsche Regierung in der Frage der Beförderung einer

französischen Division durch Deutschland hindurch einnimmt, die den Gegenstand verschiedener Verhandlungen gebildet hat. Die deutsche Regierung hat gemäß dem von Eurer Exzellenz zum Ausdruck gebrachten Vorschlag keineswegs die Absicht, diese Frage lediglich vom Rechtsstandpunkt aus zu behandeln. Inzwischen ist bekannt geworden, daß der Oberste Rat in einigen Tagen zusammenzutreten wird und über diese Frage entscheiden will. Die deutsche Regierung zögert nicht, hierdurch festzustellen, daß sie die Entscheidung des Obersten Rates annehmen wird.

### Neue Putschpläne der Polen?

Nach Meldungen Berliner Blätter aus Bentzen deuten alle Anzeichen auf einen unmittelbar bevorstehenden polnischen Putsch hin. Der polnische Terror greift immer weiter aus sich. Aus Rücksicht hätten die deutschen Grubenbeamten vor dem Terror flüchten müssen. Auch in Gieschewald und Janow würden die deutsch Gesinnten von polnischen Banden zur Flucht gezwungen. Aus Laura Hütte und Nikolai werden Zusammenrottungen ehemaliger Insurgenten gemeldet, die schwere Gefahren für den deutsch gesinnten Teil der Bevölkerung befürchten ließen.

Katibor, 2. August. Gestern fanden in den Grubenplänen des Anführer Kowlers zahlreiche polnische Versammlungen statt. Gegen die Stadt Katibor wird ein förmlicher Boykott durchgeführt. Die Bauern der umliegenden Dörfer dürfen keine Lebensmittel, besonders keine Kartoffeln und kein Gemüße auf den Markt bringen. Die städtische Bevölkerung ist dadurch in große Not verfallen.

### Tschechische Forderungen an Oberschlesien.

Berlin, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Anlässlich einer Interpellations-Beantwortung erklärte, wie die Volks-Zeitung mitteilt, der tschechisch-slowakische Außenminister Dr. Benesch die Grenze der Tschechoslowakei gegen Oberschlesien für unbefriedigend, sowohl die strategischen wie volkswirtschaftlichen Rückichten fordernd, dringend ihre Berücksichtigung. Hierüber würde im Zusammenhang mit dem Schicksal Oberschlesiens entschieden werden. Besonders wichtig sei für die Tschecho-Slowakei die Erwerbung von 16 Gemeinden nächst Troppan.

### Polnische Aspirationen.

Berlin, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Volks-Zeitung meldet: Das Organ des polnischen Ministerpräsidenten bringt einen Artikel, worin sie die Bedingungen formuliert, die Polen für den Anschluß an die keine Entente zu stellen hätte: 1. Offene Anerkennung und Garantie des polnischen Staates, wie seine Grenzen durch den Frieden von Riga festgelegt sind. 2. Auflösung aller ukrainischen Formationen in der Tschechoslowakei und die Ausweisung aller antipolnischen Agitatoren. 3. Tatkraftige Unterstützung im Streit um Oberschlesien. 4. Ukrainische Grenzberichtigung zugunsten Polens. 5. Garantien für polnische Minderheitsrechte in der Tschechoslowakei. 6. Schaffung einer Donauföderation zwischen Tschechoslowakei, Ungarn und Oesterreich, die sich mit einer Föderation Polens, Italiens, Rumäniens und Jugoslawiens zu verbinden hätte, um den Frieden in Mitteleuropa zu garantieren.

Die gesamte tschechoslowakische Presse lehnt diese Bedingungen, wie die Volks-Zeitung mitteilt, als unannehmbar ab, sie betont mit Recht, daß sich in der Tschechoslowakei keine einzige Partei finden wird, die dem polnischen Imperialismus so weitgehende Konzessionen machen wollte.

### Der Kampf des Danziger Senats gegen die Arbeiterschaft.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat mit Rücksicht auf den 1. den 4. August von den sozialistischen Parteien geplanten Aufständigen Generalkstreit einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Der Generalkstreit in der beschlossenen Form ist ein Verbrechen an der Gesamtheit, für die Stadt kann er zur Katastrophe werden. Die Regierung hält es für ihre Pflicht, mit allem Ernste anzukündigen, daß sie fest entschlossen ist, der Gewalt nicht zu weichen. Es wird für Sicherheit und Ordnung, für den Schutz der Arbeitswilligen unbedingt gefordert werden. Die Regierung warnt vor allem die in kantischen oder städtischen Diensten stehenden Personen, sich am Generalkstreit zu beteiligen. Wer trotzdem daran teilnimmt, hat sich als entlassen zu betrachten.

Daß sein Vorgehen den gewünschten Erfolg haben wird, scheint der reaktionäre Danziger Senat selbst nicht zu glauben, denn er versucht die erregten Arbeiter und Angestellten gleichzeitig durch Versprechungen zu beruhigen. Den Beamten und Angestellten werden Gehaltserhöhungen, den Arbeitern erhöhte Prämien zugesprochen. Wie eine weitere Meldung besagt, wird sich aber die Danziger Arbeiterschaft weder durch Drohungen noch durch Versprechungen von der Durchführung des Streiks abhalten lassen.

### Die kommunistischen Mantelträger.

Selb Brandler, der Ehrenvorsitzende des kommunistischen „Weltkongresses“.

Gestern haben wir den Wortführer der Roten Fahne gegen die „eigenen Geleiten“ abgedruckt, die im „Weg“ des Herrn Lenin fortan ihre Artikel anonym erscheinen lassen. In diesem Bannstrahl ist auch die Rede von einem gestohlenen Brief, den ein „gemeiner Lump“ in den Räumen der Zentrale an sich gebracht und den er nun im Weg veröffentlicht habe. Es handelt sich um einen interessanten Brief Heinrich Brandlers, des 2. Vorsitzenden der Kommunistenpartei, der nach dem Märzputsch zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt und hinterher trotz der Empörung der Arbeiterschaft über keine die kommunistische Taktik statt verletzende Haltung vor dem Gericht zum Ehrenvorsitzenden des Moskauer kommunistischen Kongresses gewählt wurde. Nachdem wir das Schreiben gelesen, begeifen wir vollauf die weisheitsfüllende Mut der Zentrale — ein für die Kommunisten kompromittierendes Dokument ist lange nicht erschienen. Wo hat nämlich dieses Musterbild eines tapferen Revolutionärs geschliefen?

Berlin, den 17. Juni 1921.

Werte Genossen! Ich habe acht Tage Urlaub bekommen. Ich nehme an, daß die Regierung meine Flucht wünscht. Ein Grund für mich, jetzt nicht zu fliehen. Ich benötige die Gelegenheit, Euch über die Art meiner Projektführung meine Gründe mitzuteilen. Ich wollte ursprünglich den Prozeß rein agitatorisch mit der Wirkung allein nach außen führen. Ich bin davon abgekommen, weil ich im Verlaufe der Voruntersuchung herausstellte, daß die Möglichkeit bestand, eventuell

Festung Rati Justhausstrafe zu bekommen.

Ich brauche Euch nicht zu versichern, daß nicht persönliche Gründe, wie größere Bequemlichkeit bei Festungshaft, für mich ausschlaggebend waren. Als ich im Verlaufe der Voruntersuchung die Möglichkeit einer eventuellen Festungshaft herausstellte, habe ich meinerseits alles getan, um mich mit der Zentrale zu verständigen. Ich tat das durch meine Frau, durch meinen Rechtsanwält. Es wurde mir von Rechtsanwalt Weinberg, von meiner Frau und von Stoeder, der mich einmal im Gefängnis besuchte, mitgeteilt, daß die Zentrale mit der von mir vorgeschlagenen Projektführung, die darauf abzielte, Festungshaft zu erwirken, einverstanden sei. Ebenso ließ ich anfragen, ob Bedenken beständen, die Leumundsbeurteilung aus Chennich zu verneinen, um den Zweck zu erreichen. Auch damit erklärte sich Stoeder und, wie Weinberg mir mitteilte, auch Bick und August (Thalheimer) einverstanden. Das Zeugnis Levis habe ich von vornherein abgelehnt, obgleich Weinberg immer wieder versuchte, ihn heranzuziehen. Jetzt hinterdrein ist Meyer, Walther und Eberlein der Meinung, daß dies falsch war. Die alte Komödie der Urterungen.

Ich klage die Zentrale nicht an. Ich kenne ja den Betrieb. Ich will Euch die entscheidenden Gründe mitteilen, weshalb ich mich nach Erwägung des „Für“ und „Wider“ für die einschlägige Art der Verteidigung entschieden habe. Die Möglichkeit, Festungshaft herauszuholen, ergab sich aus zwei Umständen. Der Staatsanwalt Polzer hatte zum erstenmal einen politischen Prozeß, und versteht von der Politik sowiel, wie die Kuh vom Selltanzen. Er war der Meinung, daß jeder Kommunist und gar der Vorsitzende der Partei eine Art verurteilter krimineller Verbrecher ist. Als er merkte, daß ich ihn bei der ersten Vernehmung, wo ich jede Auslage verweigerte, nicht auftraf, war seine Auffassung von den Kommunisten erschüttert. Wir hatten dann noch hundentlang politisiert. Ich konnte mich ihm gegenüber nur verständlich machen.

wenn ich ihn von der nationalsozialistischen Seite bearbeitete. Das gelang mir. Ich erfuhr, daß mein Gericht von zwei Zeitgebanen getragen wird: Kommunistenverfolgung und die „schlappe Regierung“ ärgern. Wenn die Möglichkeit bestand, den Orgeschrichtern zu kooperieren, daß es die Regierung ärgern würde, wenn sie mich zu Festung verurteilen, war Aussicht, Festungshaft zu erzielen. Das waren die Voraussetzungen, die erfüllt werden mußten bei der Art meiner Verteidigung. Ich versuchte, mir die politische Wirkung einer Festungshaft klarzumachen. Wollte ich Festung erhalten, so mußte meine Verteidigung in der Sache definitiv sein und in der Form durfte ich das Gericht keiner harten Befestigungsprobe aussetzen. Das waren zwei Bedingungen, von denen mir klar war, daß sie einen Teil der Arbeiter nicht befriedigen würden. Dem stand gegenüber daß eine Verhandlungsführung, die sich einseitig, vor Gericht die Verteidigung gegen den Vorwurf des Patrikismus durchzuführen, in der gegebenen politischen Situation, wo es gilt die

rechts von uns stehenden Arbeiter wieder in einen gewissen Kontakt mit der Partei zu bringen, mir sehr zweckmäßig schien. Wenn mir als dem Hauptbündelführer sogar vor dem außerordentlichen Gericht durch Anerkennung der sogenannten „ehrenhaften“ Gefinnung bestätigt wurde, daß die Vorwürfe unserer Gegner nicht einmal einer Prüfung vor dem außerordentlichen Gericht standhalten, so schien mir das ein nicht abzuweisernder Grund. Hätte ich Justhausstrafe bekommen, so wäre es unterer Partei natürlich sehr leicht gemacht, eine Anzahl gut besuchter Protestversammlungen abzuhalten. Damit wäre die Angelegenheit erledigt gewesen, weil im Grunde kein Mensch etwas andres erwartet hatte. Die Komödie der Reichsregierung und der Sozialdemokraten, einige sogenannte Verführte und Mitläufer zu beunruhigen, um den größten Teil der Beurteilten um so geräuschloser in den Justhäusern zu betranken, wäre gescheit. Durch die Tatsache, daß ich als Vorsitzender der R.R.D., Festungshaft bekommen habe, indes die sogenannten Verführten von derselben Regierung in den Justhäusern gehalten werden, scheint mir diese ganz heuchlerische Strategie der Reichsjustiz durchkreuzt. Der Katation für eine wirkliche Amnestie ist meiner Meinung nach damit ein neuer Schritt gemacht.

Das waren die hauptsächlichsten Gründe dafür, daß ich mich für die Form der Verteidigung entschied. In der Ausbeutung

meines Falles hat die Zentrale bisher versagt. Stoedter hätte mich verprochen, es würde ein Mitglied der Zentrale an der Verhandlung teilnehmen. In Wirklichkeit war...

sein Mitglied der Zentrale anwesend, und als Berichterstatter hat man den gewöhnlichen Geschäftsreporter geschickt, der von meinen Verhandlungen einen Bericht gemacht hat, der völlig ungenügend ist.

Wir sind jetzt nicht mehr, daß die Zentrale eine Politik macht, die in diesem Zwischenstadium ungefähr das aufgreift, was Lenin vor der Machtübernahme in Russland in seiner Broschüre: "Wie sehen wir uns vor dem Untergang?" vorschlug. Wir müssen aus der bloßen Agitation heraus. Wir dürfen keine Angst haben, zu wenig radikal zu sein.

Wir müssen in den Gewerkschaften eine Kampagne einleiten, die die Arbeitermassen vor dem Vorrücken der Unternehmeroffensive sammelt. Wir müssen dem Vorkampf, der Arbeitseilerklärung gegenüberstellen: Zwangsindustrialisierung der Industrie, Zentralisierung aller Banken, Kontrolle der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft durch den Gegenwartsstaat und die Betriebsräte.

Wir müssen fordern die Einstellung des Zinsdienstes für alle Staatsschulden und eine Reihe ähnlicher praktischer Vor schläge, waffenmäßig in einer Anti-Gegenwartsaktionsprogramm. Dafür müßte es alle Kräfte der Partei zu organisieren.

Die Krise wird in den nächsten Monaten an Schärfe zunehmen, wenn sie auch langsam werden wird. Wir müssen uns langsam und stehenswillen von Partei wegen die politische Führung der Arbeitermassen in die Hände bekommen. Nur wenn uns das gelingt, verfügen wir auch über die Kräfte, aktiv und entscheidend einzutreten. Gebt mir eure Meinungen zu wissen, einmal über meinen Vorschlag und dann über meine Vorschläge.

Das das Bekanntwerden dieser Bekennnisse einer schönen kommunistisch-revolutionären Seele den Stoedter und Genossen fürchterlich fatal sein muß, befreit sich. Körper sind die kommunistischen Maulhelden durch eigenes Eingeständnis - das ist das Entschuldigende - wohl noch nicht bloßgestellt worden.

Vor der Öffentlichkeit haben sich diese Helden als die allein echten und furchtlosen Revolutionäre - alles, was nicht kommunistisch ist, das ist Pack von Verrätern, Feiglingen, Schwächlingen usw. Die Kommunisten sehen stets ihre Person unbedenklich für die Revolution ein - im Gegensatz zu den Banalbildchen im Lager der USG, usw. Und nun stellt sich heraus, daß die ehrenwerten kommunistischen Führer, die das Leben und die Freiheit anderer, der von ihnen "Geschützten" skrupellos aufs Spiel setzen, sofort sehr vorsichtig werden, wenn ihre eigene Person einmal in die Schußlinie geraten ist.

Da ist plötzlich Vorsicht und Verschleierung des Halses, Verzeugung der Grundzüge und taktischen Richtlinien der Partei der Tapferkeit bester Teil!

Wohlgemerkt - wir wissen uns von Ehrbarkeit frei. Wir verdienen es im allgemeinen keinem Revolutionär, der in die Klauen der bürgerlichen Rachejustiz fällt, wenn er sich loszumachen wagt, wenn er seinen Richtern nicht alles auf die Nase bindet, was ihm schaden kann. Aber alles hat seine Grenze und verächtlich ist der Mann, der aus Angst vor der Strafe plötzlich sein politisches Glaubensbekenntnis radikal widerruft, verächtlich der Revolutionär, der sich um die Verantwortung für seine Taten zu drücken und sich als harmloses Lämmlein zu geben sucht. Das hat der "Revolutionär" Brandler mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung der Zentrale getan. Er hat es getan auf die Gefahr hin, soziale Scharen kommunistischer Anhänger kopfschüttel zu machen, er hat es getan, als es nach der Nebenbeseitigung des Märzputsches für ihn doppelte dringliche Pflicht sein mußte, die Vermirzten und Nebenbeseitigten durch mutiges Bekenntnis aufzuklären und zu sammeln. Er verneinnete seine elementarste politische Pflicht um seiner weichen Haut willen.

Wie ganz anders hat der eine Revolutionär gehandelt, der freilich kein Kommunist ist, sondern ein "Verräter", ein unabhängiger Sozialdemokrat! Dieser "Feigling", der sich Moskau nicht unterwarf, der Genosse Georg Ledebour, hat als Sechzigjähriger der Zuchthausstrafe mannhafte getrotzt. In seinem großen Prozeß ist er nicht um Haarsbreite vom Standpunkt der Partei gewichen, hat er nicht ein Wort, nicht einen Buchstaben von seinen Grundzügen und Taten verstreut! Er stand fest beim Male, weil er so tief empfand, daß er die Pflicht habe, für die Revolution Zeugnis abzulegen, entschlossen, wenn nötig, sein Leben, seine Freiheit zum Opfer zu bringen für die Sache, die durch ein feiges, rechnungssträgerisches Verhalten gefährdet worden wäre. Ein Siebzigjähriger, ein unabhängiger Sozialdemokrat, dem eine längere Zuchthausstrafe den Tod im Kerker bedeutet hätte, hat es geschafft; der um vieles jüngere Kommunist Brandler hat es nicht fertig gebracht!

Der Fall Brandler ist kein Einzelfall. Schon oft hat man auf die auffällige Tatsache hinweisen müssen, daß sehr viele kommunistische Führer in gefährlichen Situationen den Rückzug in die Etappe zu wählen pflegen. Der Fall Brandler paßt durchaus in dieses System. Sein Brief zeigt den klaffenden Abgrund auf zwischen den großen Worten der Kommunisten und ihren Taten.

## Starzreise.

Von Hans Bauer.

Einmal verreis ich ... Einmal auch nichts von Postiljonen und sehen! Nichts von Postill? Du lieber Gott: das ist heute nicht mehr wie früher, daß die Reiseführer der Provinz hübsch bescheiden, wie es ihnen eigentlich zustünde, das Motiv ihres Leitartikels aus der Architektonik der Ostkirche entnehmen oder sich mit dem Problem der Entfremdung von Ruhmisch beschäftigen. Ich schlage, da man etwas Schlichtes doch lesen muß die Meinungsänderung Zeitung auf und finde gleich auf der ersten Seite drei Heberkräften, die mir entgegenkrallen: Der Blutdurst der Franzosen!, Der Geist von 1848!, Nationale Knochenzerwehung! - und weiß, woran ich bin.

Am zweiten Ferientage steige ich auf das Schloß in Weznigrode hinauf. Ich vertraue mich dem Führer an. Der erzählt von dem Fürsten und dem Erbprinzen, die hier noch wohnen, von der fürstlichen Familie und der Leibwache, die der Fürst sich noch hält. Während der Führung springt ein Gatter auf. Eine Karosse stößt aus dem Schloß. Der Führer murmel: Der Herr Erbprinz! Die Leute passen. Welchen demütig jurid. Gassen, bis die Karosse verschwindet ist. Lassen sich dann erzählen, daß während des Krieges zweimal Hindenburg und einmal sogar kaiserliche Majestät der Kaiser auf dem Schloße zu Besuch waren und hören es an, von Ehrfurcht durchhebt.

Ein paar Tage später reise ich nach Goslar. "Berge! nie den Schmachreichen von Versailles!" brüllt es mir Ankommen aus großen Lettern von einem Schilde entgegen, das an einem Haus...

den klaffenden Gegensatz, der ihnen die Mithachtung aller wirklichen Kämpfer, aller derer, die mehr als Maulrevolutionäre sein wollen, eintragen muß. Es gibt noch viele Brandler in dieser Partei - sie werden ihr je länger je schärfer das Grab graben. Der ehrliche Proletarier, der zu seinen Worten steht, der gesundeste Ehrgefühl im Leibe hat, wird diese Gesellschaft von Falstaffen mehr und mehr durchschauen. Und das ist ihr Ende!

## Kommunistische Praktiken.

### Die Aneignung von Unterschlüpfungsgeldern.

Der Freiheit ging folgende Zuschrift zu: Das große Verbrechen der Hölle, das unglückliche Leid gelindert, das den ärmsten unserer Genossen, den Familien der Inhaftierten, in schwer bedrückter Zeit, vor und nach der Revolution, die einzige Hilfe darbot: Die Unterschlüpfungskommission der Berliner Arbeiterkassenschatz ist bestohlen und betrogen. Wir stellen heute fest, daß die nach der Abrechnung vom 15. April 1921 angekauft auf der Bank kein folschen 345 329,50 Mk. bereits am 18., 19., 20. November 1920 von den beiden kommunistischen Treuhändern Paul Gertt und Karl Hagen abgehoben wurden und verschwinden sind.

Der Kassenbericht, der in der Generalversammlung der Betriebsräte Berlins am 6. Mai 1921 gegeben worden ist, war Lug und Trug. Die als Kassierer und Revisoren tätigen Adolf Baer, Paul Gertt, Otto Wendi, Karl Hagen und Hermann Walter haben frech und unverantwortlich die gesamte Arbeiterkassenschatz belogen und sie haben mit diesem illegalen Kassenbericht auch den dritten Treuhänder hintergangen, der seinen Freunden und Kampfgenossen glaubte rechtes Vertrauen entgegenbringen zu müssen.

Der Genosse Emil Barth, der von der Generalversammlung der Betriebsräte Berlins beauftragt war, dafür zu sorgen, daß die Unterschlüpfungskommission partiellisch zusammengeleitet werden soll, hat dies zu vollbringen versucht. Die BAPD, streubte sich in mehreren Sitzungen, dem Beschluß der Generalversammlung zu entsprechen. Am 1. August 1921 fand die konstituierende Sitzung der neugewählten Unterschlüpfungskommission statt, die den Genossen Emil Barth zum Vorsitzenden und Adolf Baer, trotzdem er nicht anwesend war, zum Kassierer bestimmte. Diese Sitzung beauftragte den Genossen Barth, Gelder der Unterschlüpfungskommission insofern zu sperren, daß sie nur mit der Unterschlüpfung aller drei Treuhänder abgehoben werden können. Als Genosse Barth heute früh nach der Bank ging, um dies dort mitzuteilen, erklärte ihm der Kassierer, daß dies, da nur noch 250,50 Mk. als Bankguthaben vorhanden seien, doch nicht mehr zweckmäßig sei. Da nach obengenannter Abrechnung vom 15. April 345 329,50 Mk. vorhanden sein sollten, stellte Barth fest, daß rund 345 000 Mk. unterschlagen sind.

Wir warnen die Berliner Arbeiterkassenschatz dringend, noch einen einzigen Pfennig an Baer abzurechnen. Wir bitten ebenso dringend, alle noch vorhandenen Listen möglichst umgehend mit den gezeichneten Beträgen bei dem Genossen Richard Herbst, Berlin, Breite Straße 8, abzurechnen, ebenso leere Listen dort abzuliefern. Diese Einlieferung aller Listen ist dringend notwendig, um nunmehr von Anfang bis heute eine eingehende Nachprüfung aller vereinnahmten und verausgabten Gelder vorzunehmen.

Freiwerkwirtschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbereich Groß-Berlin, i. A.: Gustav, Berliner Gewerkschaftskommission, i. A.: Carl Bollmerhaus, Unterschlüpfungskommission der Berliner Arbeiterkassenschatz, i. A.: Emil Barth.

Die Unterschlüpfungskommission wurde nach den großen Januarstreiks im Jahre 1918 gebildet. Ihr Zweck war, die wegen ihrer politischen Überzeugung Verfolgten und Inhaftierten, sowie deren Angehörige zu unterstützen.

Diese Verflechtung hat der Freiheit eine Berichtigung des Rechtsanwalts Herzfeld eingetragen, indem es als unmaßgeblich erklärt wird, daß auch nur ein Pfennig verschwinden ist. Auch der Kassenbericht vom 8. Mai sei in Ordnung. Es sei daher unwahr, daß rund 345 000 Mk. unterschlagen worden seien. Die Einnahmen und vorhandenen Gelder seien ordnungsgemäß verbucht und für Unterstützungen verwendet worden.

D. h. die Kommunisten haben über die Gelder nach ihrem Gutdünken verfügt, ohne die andern Vertreter zu benachrichtigen - sie haben ihre Auftraggeber frech getäuscht. Die Freiheit bemerkt zu der Affäre, sie beweist erneut, daß jede Gemeinnützigkeit mit den Kommunisten unmöglich ist, da die einfachsten Grundzüge von Redlichkeit, Treu und Glauben regelmäßig von ihnen umgestoßen werden.

## Eine neue Rede des Reichskanzlers über Oberschlesien.

In einer von etwa 3000 Personen besuchten öffentlichen Versammlung in Bremen, die von der dortigen Handelskammer einberufen war, hat der Reichskanzler Dr. Brüning gestern eine Rede über die wirtschaftliche und politische Lage gehalten. Die Rede des Reichskanzlers ist besonders bedeutungsvoll im Hinblick auf die in den nächsten Tagen vom Obersten Rat der Alliierten zu fällende Entscheidung über Oberschlesien. Sie muß als ein letzter Appell der deutschen Regierung an die Staatsmänner der Entente gewertet werden. Der wesentlichste Inhalt der Brüning'schen Rede ist in dem folgenden Bericht wiedergegeben. Dr. Brüning führte danach aus:

"Ich will keine Rede der Resignation, sondern der Ermutung halten. Die Lösung heißt: Durch Arbeit zur Freiheit! Es handelt sich nicht um vergangene Illusionen der Macht, sondern um die Überzeugung, daß der Kern der Weltgeschichte ein moralischer ist. Bremen muß der Ausgangspunkt auch für die Gesundung des Welthandels sein. Dieses Wiederaufleben ist nur möglich unter dem Gedanken des Rechts, nicht unter dem Gedanken der Macht. Wohin der Machtgedanke führt, zeigt das traurige Schauspiel Ober-

schlesien. Eine antimoralische Kundgebung, die da empfiehlt, immer der Herbeiführer des Schmachtlebens zu gedenken? Raun. Denn mit dem Geiste, der sich in dieser Stadt zur Schau bietet darf, ließe es sich da nicht vereinen, daß von den beiden allein im Betrach kommenden Zeitungsbuchhandlungen man so ungefähr in der größeren von diesen mit Blicken hinausgeschmissen wird, wenn man eine Zeitung haben will, die einen andern Titel führt als Der Tag, Tägliche Rundschau, Deutsche Tageszeitung, Deutsche Zeitung, Das deutsche Tagesblatt, und daß in der andern man zu diesem Sammelurium von Kappgeist lediglich noch das Berliner Tageblatt gefestigt findet.

Ich gehe in das größte Café Goslars, "Ober", frage ich: "was kann ich zu lesen haben?" "Das Gewissen, Das deutsche Tagesblatt, die Deutsche Zeitung, die Goslarische Zeitung." "Bringen Sie die Goslarische Zeitung." Er bringt. Leitartikelüberschrift: Deutsche Widerwehraktion. Inhalt: Wie übel steht es hoch in diesem verwohnten Deutschland. Verbuchen auf Verbrechen jeden Tag. Summe, Summe: Et, wie war es doch früher schön!

Ich fahre nach Bad Harzburg. Donnerstags dröhnt am Abend über das kleine Nest, von der offiziellen Kurkapelle gespielt. Die Nacht am Rhein und Deutschland über alles. Zwei schöne Lieder, gegen die nur einzuwenden ist, daß man beim Abwaschen dieses das peinliche Gefühl hat, daß keine Sänger unter Einigkeit und Recht und Freiheit, von denen es im letzten Verse heißt die omnibide Wördredreieinigkeit Freiheit, Ordnung und Tat meinen und beim Abwaschen jenes, daß die Strafe nach der Güterkraft des Rheins unter dem Scharrecht gestellt zu werden gewünscht wird.

schlesien. Jede Stimme des Rechts begrüßen wir mit Dank, ob sie von jenseits des Ozeans oder von jenseits des Kanals zu uns herüber kommt. Mit Dankbarkeit hören wir, daß aus dem Munde fremder Staatsmänner der Gedanke von Glück und Wohlfahrt der Völker wieder einmal offen zum Ausdruck kommt. Es wäre ein Verbrechen des großen demokratischen Ideals der Welt, wenn nicht das Recht, sondern die Diktatur Korfantius in Oberschlesien zur Geltung käme. Alle Mächte moralischer Natur rufen mit eigener Stimme in die Welt hinaus: Achtet den Gedanken der Selbstbestimmung der Völker, der Demokratie und der Freiheit, wenn ihr das unglückliche Europa nicht endgültig dem Untergang weihen wollt! Sieben Jahre sind dahingegangen seit der Unglücksstunde des ersten Ultimatus an Serbien. Soll das neue Ultimatum neue Zerstörungen über Europa bringen? Europa kann nicht noch einmal durch neuen Wirrwarr hindurchgeführt werden. Todesstrafen liegen über dem Kontinent, der der Bringender des Lichts und der Freiheit für die ganze Welt sein mußte. Leider regieren in Warschau politische Leidenhaften und grenzenloser Hochmut, die die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen wollen. Bremen war einer der Orte, von denen aus deutsche Kultur und deutsche Arbeit in die Länder des Ostens getragen wurde. Deutsche Kultur, deutsche Zivilisation und deutsche soziale Wohlfahrts-einrichtungen stehen in Oberschlesien auf dem Spiele. Oberschlesien hat unter der deutschen demokratischen Freiheit andere Lage gehabt als unter der Herrschaft polnischer Nationalisten. Bremens Arbeiterschaft und Kaufmannschaft muß zusammenstehen mit der Reichsregierung in der Verteidigung der großen und einheitlichen Richtlinien der Reichspolitik, die geleitet sind von dem Gedanken der Erfüllung unserer Verpflichtungen gegen das Ausland, geleitet von dem großen Gedanken der Arbeit, des Rechts und der sozialen Wohlfahrt. Das Vertrauen Deutschlands, daß mit ihm ein fautes Spiel getrieben wird, das Vertrauen in die europäische Solidarität, an das gemeinsame Interesse aller Völker, an Freiheit und Demokratie darf nicht enttäuscht werden."

Nach einem weiteren Bericht sagte Dr. Brüning über Oberschlesien weiter:

"Es ist ein frevelhaftes Beginnen, gegenüber dem deutschen Volke ein zweites Elend-Vorbild zu schaffen, ein weit schlimmeres Elend-Vorbild, einen ewigen Brandherd zwischen großen Völkern, der den europäischen Kontinent im Laufe eines Jahrzehntes in Angst und Zerstörung stürzen könne."

Der Reichskanzler schloß mit den Sätzen: "Wir sehen der Entscheidung mit festen Augen entgegen, gewiß mit klopfendem Herzen, aber im vollen Bewußtsein, daß unsere Stimme nicht unbeachtet im Rate der Völker verhallen werde. Wir werden nicht dabei sein bei der Entscheidung. Das ist gut! Denn die Verantwortung für eine gerechte Entscheidung liegt bei denen, die uns weder nach Boulogne berufen noch zur Abrüstungskonferenz"

Es ist bemerkenswert und erfreulich, daß der Reichskanzler in seiner Rede auf die bisher üblichen Drohungen an die Entente, die gerade in diesen Tagen in der nationalpolitischen Presse immer wiederholt werden, verzichtet hat. Unsere eigene Stellung zur Lösung des oberschlesischen Problems haben wir mehrfach zum Ausdruck gebracht. Beim Obersten Rat der Alliierten liegt es jetzt, eine Lösung zu finden, die die vom Reichskanzler angedeuteten schlimmen Folgen einer falschen Entscheidung verhindern.

## Einstellung des Reichsratsverfahrens gegen Kasperek.

Aus Halle wird gemeldet: Wie bekannt, war der Landrat Kasperek im Mai d. J. unter der Anschulobung der Gefährdung der Staatsautorität gezwungen worden, von seinem Amte als Landrat von Sangerhausen zurückzutreten. Er hatte während der Ratsitzung mit dem vor einiger Zeit zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilten kommunistischen Stadtrat Franke, der übrigens wieder auf freien Fuß gesetzt ist, über den Schutz der Stadt Sangerhausen verhandelt. Hierauf erklärte der Staatsanwalt von Nordhausen eine hochverräterische Handlung und ließ Kasperek verhaften. Gegen Zahlung einer Kaution von 5000 Mk. erfolgte schon nach zwei Tagen die Freilassung Kaspereks. Diese Kaution ist nun vor kurzem zurückgezahlt worden, und jetzt hat der Staatsanwalt die Einstellung des Verfahrens überhaupt verweigert.

Die reaktionäre Sippschaft, die durch ihre infame Lügehege gegen den Genossen Kasperek die Staatsanwaltschaft zur Einleitung des Hochverratsverfahrens veranlaßte, wird von diesem Ausgang der großen Staatsaktion sicher nicht betriebligt sein. Sie wird sich aber damit trösten, daß es ihren Bemühungen doch gelungen ist, den unheimlichen unabhängigen Landrat zu beschleichen. Der ganze skandalöse Vorgang ist ein drastischer Beweis dafür, wie im Reiche des "Demokraten" Dominicus die Verwaltung "demokratisiert" wird.

## Der hochnäsige Kappist.

Eine "Erklärung" Ludendorffs gegen General Hoffmann. Zu den Mitteilungen des Generals Hoffmann, die von reaktionären Schriftsteller Albert hier wiedergegeben wurden, läßt General Ludendorff jetzt durch die Münchener-Augsburger Abendzeitung erklären:

"Gleich nach Bekanntwerden der Besprechung Hoffmanns mit Robert Albert, einem Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, hat General Ludendorff in der Überzeugung, daß die ganze Besprechung freie Erfindung sei, an seinen ehemaligen Mitarbeiter geschrieben und ihn gebeten, die dahingehende Berichtigung der Presse zugehen zu lassen. Nach Empfang des Briefschutts General Hoffmann, der sich in Tegernsee aufhielt, General Ludendorff, der dort zufällig einen Tag weilte. Er gab etwa das an, was das Berliner Tageblatt wiedergibt. Ludendorff wies auf das Unzulängliche solcher Erklärungen hin und ließ Hoffmann gegenüber keinen Zweifel bestehen, daß eine derartige Unterredung, wie er sie hier nach mit Herrn Albert gepflogen habe, unvereinbar mit den Ansichten des Offiziers-

Aber in den Bergen sei doch wenigstens die Freiheit? Ich beschränke nächsten Tages den Burgberg bei Harzburg. Ergebnis: In 6 Bäume war mit Kreide das Wort "Hauptpost" gemalt und in 28 Bäumen waren Hakenkreuze aller Größen eingetritzt ...

Wo ich überhaupt politische Äußerungen fand, waren sie reaktionär. Ich es da falsch verallgemeinert, von den Intentionen einer Kurkapelle, dem Verhalten von Schloßhofbesuchern, dem politischen Geschmack von Buchhändlern, oder auch daraus, daß es außer schwarz-weiß-rotten Fellagen auf der Harzburger Rennbahn keine gibt, auf einen Seelenzustand zu schließen? Wenn es dies schon sein sollte, so ist es gewiß dies nicht, daß ich daraus einen Schluß ziehe, daß ich nirgendwo und in keiner Kleinigkeit ein Bekenntnis zur Republik fand. Das muß aber wohl so sein, denn solches Bekenntnis bedeutet gewiß die nicht, die in Kurorten die fettesten Slegs und Plaketten am Tote aufgeben, Bakkarantanten von hundertaufend Mark in sechs Minuten verlieren können und überhaupt dann den patriotischen Schreier als Sinnentfessel brauchen, wenn sie ausnahmsweise einmal mit Kavaler und Mätkelrethendur überfüllt sind.

Ich weiß nicht, ob es in allen Ferienenden so ist. In den Harzstädten, die ich kennen lerne, war es so, daß lediglich sich in den Vordergrund zu drängen wußten einmal die kleinstädtische bornierte Proletarierfront, die nichts als neppen will, und jene laute, verengungswilde Zuereißheit die ihre Eigenschaft, sich neppen lassen zu können, mit einem Entgegenkommen an ihre Vernehmung für das Aufstundengeordneten befohlen sein will.

Diese Abendschicht-Aktivität der Ferne einer neuen Zeit scheint mir mehr als gelegentliche politische Worte daran zu mahnen, daß die Republik immer noch in Gefahr ist.

Landes sei, dem auch er angehört habe, und daß ihm diese Unterbrechung in den Kreisen, von denen ein Wieder-Aufbau des Vaterlandes zu erhoffen sei, nur schade. General Ludendorff beabsichtigt nicht, sich zu der vorliegenden Angelegenheit weiter zu äußern. Er ist der Ansicht, daß sich General Hoffmann durch seine Erklärung von neuem einen schlechten Dienst erwiesen hat.

— Ludendorff beabsichtigt nicht, sich weiter zu äußern — ist der Ansicht, daß solche Unterbrechung mit sozialdemokratischem Schriftsteller „unvereinbar mit den Ansichten des Offizierstandes“ ist — ach!

Also nach Ansicht Ludendorffs und des Offizierstandes darf ein Offizier sich keinerlei Kritik erlauben an Militär, sondern muß dumm halten, Volk darf über militärische Fehler nichts erfahren. Der Horizont eines Generalkopfes!

General Hoffmann ist nicht unser Mann, aber seine Offenheit ist hundertmal ehrenhafter, als die Offizierstandesansicht Ludendorffs!

### Solidarisch mit jedem Verbrecher gegen den Feind.

Der Kriegerverein Greifswald ist entsetzt über das vom Reichsgericht gegen die beiden schlesischen Kriegsverbrecher Dittmar und Böldt gefällte Urteil. Er sandte an die beiden Verurteilten folgendes von Schmerz tiefende Telegramm:

„Mit kletter Empörung und Schmerz vernehmen wir das Urteil über deutsche Kriegslameraden, das Selbstschuß erkennen. Wie Ihr für unser Vaterland auf dem Meere kämpft gegen gewaltige Uebermacht, so hoffen wir mit Euch auf den Tag der Vergeltung, Befreiung und Rache trotz allem und allem. In kameradschaftlicher Anteilnahme  
„Kriegerverein“ Greifswald  
und versammelte Gäste aus Bürger- und Studentenschaft.“

### Die mittelschlesischen Rechtssozialisten gegen den Selbstschuß.

Auf einer Bezirkskonferenz von Rechtssozialisten Mittelschlesiens am letzten Sonntag in Breslau lehnte der Abgeordnete Schöllch den reaktionären und abenteuervollen Selbstschuß ab. Gegen einen etwaigen neuen Polenputsch sei der Selbstschuß kein geeignetes Mittel. Innerpolitisch würde er durch enges Zusammenarbeiten mit den Rittergutsbesitzern zu einer reaktionären Gefahr. Die Gefahr wäre vergrößert durch die Aufrechterhaltung der schlesischen Organe, die bei Schwierigkeiten durch ihre Freunde in der Verwaltung, zum Beispiel durch den Breslauer Polizeipräsidenten Liebermann, gewarnt werde. Der oberste schlesische Bezirksvorsitzende Hauke vertrat denselben Standpunkt gegenüber dem Selbstschuß und den Verbänden heimatischer Oberbeschleier, die selber neuerdings öffentlich in ein reaktionäres Fahrwasser geleitet würden. Die größte Gefahr für Oberschlesien wäre eine Dreiteilung auf längere Zeit, bei der das Industriegebiet wieder unter alliierte Verwaltung käme. Nichts könne die nationalistische Seite sicherer konservieren, als diese unglückliche Scheinlösung. Einstimmig nahm die Bezirkskonferenz dann eine Resolution Praxia an, in der die Reichsregierung ersucht wird, unverzüglich alle Arbeitsgemeinschaften, wie Korbach und ähnliche, in Schließung aufzulösen, weil sie militärische Organisation besitzen, und somit eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Ordnung sind. Sie unterhalten, wie es in der Resolution heißt, einen Kurierdienst, halten militärische Appelle ab sowie Flaggempareaden, besuchen in geschlossenen Formationen politische Versammlungen und versuchen, sich durch Waffenanschaffung zu bewaffnen. Nach bis in die letzten Tage haben Werbungen für diese Organisationen stattgefunden, wobei die Führer erklärten, daß die Angeworbenen nicht nur Arbeiter, sondern auch Soldaten seien.

Ob der preussische Innenminister Dominicus, der sich als ein besonnenen Schrittmacher der Reaktion bewährt, auf diese Forderungen hören wird? Wir glauben kaum — die Republik kann nur durch die Arbeiterkraft geschützt werden!

### Im Zeichen der Entwaffnung.

Emil Stahl-Spandau schreibt dem Vorwärts: In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend fuhr ich nach einer in Neu-Ruppin abgehaltenen Versammlung mit einem befreundeten Parteigenossen im Kraftwagen nach Spandau zurück. Gegen Mitternacht erdachte kurz vor dem Dorfe Larnow (Kreis Dönhavelland) ein scharfer Schuß, zwei Raketen gingen auf und wir ließen den Wagen sofort halten. Am Wege standen vier mit Gewehren bewaffnete Männer, unter der Führung des Bauerngutsbesitzers Kännelath aus Larnow, der mir von meiner Tätigkeit als früherer Abgeordneter des Kreises als einer der Wähler der Orgesch-Organisation bekannt ist. Als wir den Mann energisch zur Rede setzten, erklärte er, daß sie als „Ortschütz“ das Recht (?) hätten, jedermann anzuhalten und zu militarisieren (!). Als wir daraufhin erklärten, wir würden durch eine Meldung an die Regierung dafür sorgen, daß ihnen die Waffen, mit denen sie in so unverantwortlicher Weise umgehen und das Leben Ansehlicher gefährden, abgenommen werden, brüllte er zurück: „Ach was! Die jetzige Regierung kann uns...“ (u.ä.)

Die preussische Regierung Siegerwald wird der freundlichen Aufforderung des Herrn Kännelath jedenfalls mit Begeisterung Folge leisten. Aber was sagt der rechtssozialistische Innenminister Dr. Gradnauer zu dieser Probe von Entwaffnung?

### An die Arbeiterjugend-Internationale.

Berlin, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Das Gesamtkomitee der rechtssozialistischen Arbeiterjugendinternationale nahm nach dem Vorschlag eines belgischen Genossen folgende Resolution an:

„Die Organisationen der Arbeiterjugend-Internationale, versammelt in Bielefeld am 2. August, ist der Ansicht, daß die Einheit der Internationale der Arbeiterjugenden aller Länder notwendig ist, um der reaktionären Offensive, die sich allenthalben erhebt, entgegenzutreten. Sie beauftragt das Bureau der Arbeiterjugend-Internationale, Schritte einzuleiten, um mit dem Bureau der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen in Wien eine Sitzung anzuberaumen, wo die Frage des Anschlusses an eine Internationale, welche der wissenschaftlichen Auffassung des marxistischen Sozialismus treu ist, erörtert werden soll.“

Eine Internationale, die der wissenschaftlichen Auffassung des marxistischen Sozialismus treu ist — das lasse sich hören. Aber der Programmwortsatz der Rechtssozialisten vertritt genau die entgegengesetzte Sprache!

### Sirch-Dunckerische Gewerkevereiner gegen Lohnabbau.

Berlin, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Zentralrat der deutschen Gewerkevereine genehmigte einstimmig eine Entschließung, daß an einen Lohnabbau nicht gedacht werden könne, er erklärt im Gegenteil eine Lohnerrhöhung in gesundem Verhältnis zur Steigerung der Preise für notwendig.

### Strafanträge im Frankfurter Kommunistenprozeß.

Frankfurt a. M., 2. August. Im Kommunistenprozeß hielt am Dienstag der Staatsanwalt nach Beendigung der Beweisaufnahme sein Plaidoyer. Er führte aus, daß Kunz als der Leiter der diesigen Organisation zu betrachten sei. Als besonders auffällig müsse bezeichnet werden, daß alle Angeeschuldigten verjuchten, die Vorgänge abzuschwächen oder abzuleugnen. Neben Kunz komme als Hauptbeteiligter der Angeklagte Lehmann in Frage, worauf die von ihm geäußerten Bäume mit militärischen Notizen hinauslaufen. Während der Staatsanwalt für Kunz drei Jahre Gefängnis beantragte und ihm zubilligte, nicht aus niederen Motiven, sondern aus politischen Zwecken gehandelt zu haben, plädierte er im Falle Lehmann auf Zuchthaus, und zwar auf zweieinhalb Jahre. Im übrigen lauteten die Strafentwürfe: Gegen Urmshrecht zwei Jahre Gefängnis, gegen Herzog einjährig drei Monate Gefängnis, gegen Ritter, Bauer, Deufelien und Scharz auf je ein Jahr Gefängnis, gegen Walter Selboldt und Wahnmutz sowie Vater auf je neun Monate Gefängnis und gegen Wede und Fräulein Sembath auf Freisprechung.

### Der Kampf gegen den Hunger in Rußland.

Berlin, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Das russische Exekutivkomitee hat, wie die Kopenhagener Zeitung Politiken erfährt, einen Aufruf an die kommunistischen Organisationen veröffentlicht, worin es u. a. heißt: „Ihr müßt die Pakt unter der Bevölkerung in den hungernden Gegenden bekämpfen, damit die Verhältnisse im nächsten Jahre nicht noch schlimmer werden. Aber noch kräftiger müßt ihr die große Gleichgültigkeit und Schamlosigkeit bekämpfen, die den Hungernden gegenüber von der Bevölkerung, deren Ernte noch einigermaßen normal ist, bewiesen wird. Wendet alle tüchtigen Parteigenossen auf, um die Naturaleinzelne einzutreiben und Lebensmittel und Medikamente zu sammeln. Alle Beamten der Sowjetbureaus müssen zu diesen Arbeiten herangezogen werden und wenn notwendig, müssen diese geschloffen werden. Denkt daran, daß von einem Lebensmittelimport in die hungernden Gebiete keine Rede sein kann. Die Einfuhr aus dem Ausland kann nur in ganz geringem Maße geschehen. Wie die Zowestja meldet, sind die Sowjetbureaus auf die Arbeit vollkommen unvorbereitet, das Ganze ist so schlecht organisiert, daß z. B. Bauern eines Dorfes, die das geforderte Quantum Milch abliefern wollten, keine Amstelle fanden, die die Milch abnehmen wollte, trotzdem sie von einer Behörde zur andern geschickt wurden, so daß schließlich die Milch irgendwo stehen blieb.“

### Der wandernde Schrecken.

Kopenhagen, 1. August. Nach einer Meldung des Moskauer Blattes Zowestja beläuft sich die Zahl der hungernden Bewohner in Ostsibirien, die auf Vostok marschieren, auf über 6 Millionen. Sie überfluteten die Gouvernements Tambow, Penza und Woznesch und bewegen sich ohne Aufenthalt vorwärts. Am 20. Juli erreichten sie die Stadt Tambow, nachdem sie die ihnen entgegengekommenen Truppen in die Flucht geschlagen hatten. Sie plünderten alle Vorräte und töteten sämtliche Pferde der Kavallerie, der Feuerwache und der Droshken. Die Untersuchung ergab, daß die Truppen, denen der Schutz der Stadt anvertraut war, sich geweigert hatten, auf die Menge zu schießen.

Kopenhagen, 1. August. Politiken wird aus Riga telegraphisch: In Riga wird mitgeteilt, daß die Cholera im Gouvernement Samara sichtbar wolle. Allein in der Stadt Samara kommen täglich 400 neue Fälle vor. Eine ungeheure Anzahl flüchtender Eltern hat ihre Kinder zurückgelassen. Im Gouvernement Samara gibt es bereits über 40 000 verlassene Kinder.

### Vorbereitung des amerikanischen Hilfswerkes.

London, 2. August. Hoover hat dem in London weilenden Leiter des amerikanischen Hilfswerkes für Europa den Auftrag erteilt, sich sofort nach Riga zu begeben, um mit den russischen Sowjetbehörden über die Einleitung des amerikanischen Lebensmitteltransportes für Rußland zu verhandeln. Hoover teilt mit, daß die Lebensmitteltransporte über Danzig im Einvernehmen mit Rußland sofort beginnen können. Er schätzt die Aufwendungen, die das amerikanische Hilfswerk in Rußland erfordert, auf 1½ bis 2 Milliarden Dollar monatlich. Die erste Lebensmittellieferung wird wahrscheinlich nach Petersburg gehen; außer Lebensmitteln würden auch Arzneien geschickt werden.

### Auch Trocki dementiert die Mobilisierungsgerüchte

Trocki erklärte in einer Unterredung, daß das verbreitete Gerücht von einer Mobilisierung Sowjetrußlands gegen Polen, Rumänien und Lettland eine freche imperialistische Lüge sei, da die Rote Armee zur Zeit drei bis viermal geringer sei als vor acht Monaten. Dagegen würden viele neue Offiziersschulen errichtet, um die Schlagfertigkeit des Heeres zu verbessern.

### Amerika mahnt seine alliierten Schuldner.

Washington, 2. August. (M.) Der amerikanische Finanzminister Mellon erklärte vor der Finanzkommission des Senats über seine Pläne für die Eintreibung der interalliierten Schulden, er werde zunächst bei England und dann bei Frankreich anfragen, welche Vorschläge sie bezüglich der Zahlungen machen könnten. Der Finanzminister ist bereit, die Zahlung der Zinsen, die England und Frankreich schulden, noch für eine Zeit hinauszuschieben, falls es diese beiden Mächte fordern. Als Zahlungsmittel werde er nur Schuldverschreibungen der betreffenden Länder annehmen. Auf die Frage, ob er deutsche Schuldverschreibungen annehmen wolle, erklärte er, daß er gegenwärtig nicht in der Lage sei, darauf Antwort zu erteilen.

### Die Konferenz der Finanzminister.

Paris, 3. August. (M.) Die Finanzministerkonferenz, die sich mit dem schwierigen Problem der Reparationsausgleichsverteilung, der Frage der Reparationen in natura usw. beschäftigen soll, wird wahrscheinlich am 8. August in Paris zusammenkommen. Die Vertreter Frankreichs sind der Finanzminister Doumer und der Minister für die zerstörten Gebiete Loucheur.

### Annahme des Ausnahmegesetzes durch das jugoslawische Parlament.

Belgrad, 2. August. Die Nationalversammlung nahm mit 191 gegen 54 Stimmen das Gesetz über den Schutz des Staates und der öffentlichen Ordnung an. Die Kommunisten, Sozialisten und Republikaner, sowie die Mitglieder des jugoslawischen Komitees stimmten gegen die Vorlage.

### Nationalistische Ausschreitungen in Böhmen.

Wien, 2. August. Die Blätter melden aus Auliga: Im Verkauf ei. er von 1600 tschechischen Legionären veranstalteten Protestversammlung kam es zu Ausschreitungen gegen deutsche Passanten, die von den Tschechen verdrängt wurden, ohne daß die Polizei eingriff. — Nach dem Prager Tageblatt hatten die Legionäre Handgranaten und andere Waffen, mit denen sie die Gasse eines Gassebaues bedrohten. Die Legionäre und tschechische Polizisten griffen auch Polizeibeamte an und verletzten mehrere von ihnen. Die deutschen Sozialdemokraten haben wegen der aufgeregten Vorfälle eine Interpellation eingebracht. — Der Böhmische Anführer wurden in Pilsen bei Paderborn zwei Studenten überfallen und mißhandelt. — Wie bei einer Besetzung der Vorfälle im Abgeordnetenshaus mitgeteilt wurde, wurde die anwesende Bevölkerung in brutaler Weise auseinandergetrieben. Nur durch das Eingreifen von Führern der politischen Parteien sei ein Blutbad verhindert worden.

### Deutschland.

#### Weitere ausländische Getreidekredite.

Ueber den Abschluß eines Getreidefinanzierungsvertrages mit einer Gruppe englischer Banken über 3 Millionen Pfund Sterling ist vor kurzem bereits berichtet worden. Durch die Vermittlung des Bankhauses M. M. Warburg u. Co. in Hamburg ist mit einer amerikanischen Bankgruppe ein weiterer Kreditvertrag abgeschlossen worden.

In diesem Kreditgeschäft ist besonders bemerkenswert, daß zum erstenmal eine Gruppe der führenden amerikanischen Bankinstitute bei einem internationalen Rembourskreditgeschäft vereinigt sind. Auf Grund dieses Kreditvertrages können, falls weitere Getreidekäufe notwendig würden, monatlich bestimmte Getreidemengen angekauft werden.

Ein weiterer Kreditvertrag ist mit einem holländischen Hause über 20 Millionen Gulden und einer dänischen Bank über 20 Millionen dänische Kronen abgeschlossen worden.

#### Truppenwechsel im besetzten Rheinland.

Aöln, 1. August. Wie die Rheinische Zeitung aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird die britische Besatzungsgarne in Rheinland, die seit einiger Zeit unter französischer Besetzung stand, in vollem Umfang wiederhergestellt werden. Aöln und Bonn werden wieder ausschließlich britische Besatzung erhalten. Teile von Aöln waren befanntlich von Franzosen besetzt gewesen.

#### Kleine Auslandsnachrichten.

##### Die bedrohliche Lage in Marokko.

Aus Madrid wird gemeldet: Die Staatszeitung enthält einen königlichen Befehl, der die Eisenbahngesellschaft ersucht, Truppen, Munition und Kriegsgerät, die für Marokko bestimmt sind, vor allem anderen zu befördern. In Melilla kommen noch täglich Soldaten und Offiziere an. Es gelang, den Feind aufzubalden. Ein alter deutscher Dampfer, der als Hospitalsschiff umgebaut worden und 1500 Plätze besitzt, wird in Melilla erwartet.

Eine neue Revolution in China. Wie die Londoner Morningpost aus Peking berichtet, sind anstreifende Truppen im Anmarsch auf Peking. Ueber die Stadt ist der Ansehensstand erklärt worden. In ganz Nord-China greift die revolutionäre Bewegung um sich, welche auf den Sturz der gegenwärtigen Regierung in Peking hinarbeitet.

Ein riesen-Bankandal in Polen. Die Warschauer Polizei hat unter Teilnahme von Vertretern des Finanzministeriums bei allen Großbanken Revisionen vorgenommen, die ein überraschendes Ergebnis gehabt haben. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß alle Großbanken einen weitverzweigten Schmuggel mit fremden Wäluen betreiben. Auf Grund der Untersuchung wurden mehrere Wechselstuben und Banken gesperrt und deren Inhaber verhaftet. Aus der beschlagnahmten Korrespondenz war zu ersehen, daß die Wechselstuben und Banken beim Schmuggel der fremden Wäluen die Dienste mehrerer hoher Persönlichkeiten in Anspruch nahmen. Auch in Krakau und Lemberg sind Untersuchungen eingeleitet worden.

Politische Entschaltung der Einwohner von Euen und Malmedo. In den nächsten belgischen Parlamentswahlen dürfen, wie aus Brüssel berichtet wird, nur solche Einwohner von Euen und Malmedo teilnehmen, die bereits vor dem 1. August 1914 in Belgien anständig waren.

#### Von Nah und Fern.

##### Anschläge auf Eisenbahnzüge im polnischen Korridor.

II. Königsberg, 3. August. Die Elbinger Zeitung berichtet, daß am Sonntag im polnischen Korridor in der Nähe von Preußisch-Garsard auf einen D-Zug geschossen wurde. Die Angel durchschlug ein Wagentenker; verletzt wurde niemand. Das ist innerhalb weniger Wochen der dritte Anschlag auf einen D-Zug im polnischen Korridor.

##### Große Schadenfeuer.

Koblenz, 2. August. (M.) In Döhr ist am Montagabend ein gewaltiges Schadenfeuer ausgebrochen. Die Koblenzer Feuerwehr mußte zu Hilfe gerufen werden. Es sind nach den bisherigen Mitteilungen drei große Fabriken und eine ganze Reihe von Wohnhäusern den Flammen zum Opfer gefallen.

##### Stutgart, 3. August. (M.) In Belsheim brach in einer bebauten Stadtviertel am Rathaus Feuer aus, das rasch um sich griff und in kurzer Zeit ein ganzes Straßenviertel einäscherte. Es brannten im ganzen acht Wohnhäuser und vier Scheunen nieder. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark.

St. Georgshausen, 3. August. (M.) Das Dampfwerk Schladt & Schwarz in Wangel bei Marktrauten ist durch ein mächtiges Schadenfeuer mit sämtlichen Holzvorräten vernichtet worden.

##### Waldbrände.

Saarbrücken, 2. August. Die Saarbrücker Zeitung meldet aus Mühlhausen, daß ein gewaltiger Waldbrand in den Wogesen ausgebrochen ist. Der Waldbrand erstreckt sich über den ganzen Bergkäse des Moskenrains bis zum Hartmannsweiler Kopf. Der ganze Wald bildet ein ungeheures Flammenmeer und erleuchtet nachts die Rheinebene taghell. In dem während des Krieges mit Granaten geschlagenen Gelände erfolgen fast ununterbrochen Explosionen. Die Feuerwehr ist völlig machtlos. Von Mitteln und Mähtugeln sind französische Truppen zur Hilfeleistung abgerufen.

##### II. Detmold, 3. August. Ein Wald- und Feldbrand entstand am Dienstag in der Auandorfer Heide. Der Brand wurde vermutlich durch Unvorsichtigkeit herbeigeführt. In Mitteleuropa wurden bisher etwa dreißig Hektar Wald gezoen.

##### Verantwortlich für den reaktionären Teil:

Ernst Frenzel in Leipzig.  
Verantwortlich für den neutralen Teil:  
Friedrich Müller, Vordorf-Leipzig.  
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig

## Das Geheimnis

alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Milken, Pimpeln, Blöthen, Hautrötten, Pickel, Pusteln usw. zu vertreiben, besteht in täglichen Waschungen mit der schmerzlosen „Rechenwerfer-Feindwunder“-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul. Überall erhältlich.

Diese Nummer umschließt 8 Seiten.



### Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Barometerstand in mm.	Lufttemperatur in Grad Celsius.	Luftfeuchtigkeit in Prozent.	Windrichtung.	Windstärke in m/sec.	Wetterzustand.	Temperaturereste am 2. August 1921.
81,8	23,0	27	SO	2	Schwebel, trop.	Höchste Temperatur 25,5
80,8	23,4	64	NW	1	Schwebel, trop.	Tiefste Temperatur 15,0
80,8	20,1	74	NW	1	Schwebel, trop.	Nagelmenge in mm 0,0

Witterungsverlauf: Schwül, trocken, Gemitterregung, teilweise Regen.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. August.

### Parzellangelegenheiten.

#### Parteilaitung und Karteil.

Freitag, den 5. August, abends 8 Uhr, im Speisesaal der Leipziger Volkszeitung.

#### Hauptvorstand, Karteil und Bildungsausschuß.

Freitag, den 5. August, von 7 Uhr an im Speisesaal der Leipziger Volkszeitung.

Stadterordnetenfraktion und Ratmitglieder der U. S. P. Donnerst., abends 7 Uhr, im Zoo-Besprechung. Schreib.

Neudicht. Freitag, 5. August, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärsitzung bei Wehmann.

Funktionäre Unger. Freitag, 1/8 Uhr, Sitzung im Angerschlößchen, Zweinaundorfer Straße 10. Sehr wichtig.

Funktionäre L. Volkmar. Freitag, 1/8 Uhr, Sitzung, Katalienburg, Katalienstraße 12. Wichtige Angelegenheit, zahlreich erschienen.

Oktoberein Sommerfeld-Engelsdorf-Baalsdorf. Freitag, den 5. August, abends 8 Uhr: Funktionärsitzung im Lindengarten. Genosse Ernst Schönfeld erstattet Bericht von der Landeskonferenz.

Oktoberein Taucha und Umgegend. Morgen Donnerstag große öffentliche Versammlung im Goldenen Löwen zu Taucha. Tagesordnung: 1. Der Brotwucher und die neuen Steuern. 2. Freie Aussprache.

Oktoberein Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Freitag, den 5. August, Ferienausflug. Treffpunkt früh 7 Uhr auf der Schwalbe.

Connewitz. Die Anrechtskarten zu den Theatervorstellungen und Konzerten können beim Vorliegenden R. Schulz, Bornaische Straße 83, abgeholt werden.

Dehlig-Gaußig. Funktionärsitzung, Donnerstag, 4. August, abends 8 Uhr, im Bürgergarten.

### Kommunistisches.

Endlich hat die kommunistische Partei ein Feuerzeichen entdeckt, an dem sie ihr fettloses Süppchen kochen kann. Der Landarbeitersstreik bietet ihr eine willkommene Gelegenheit, gegen alle „Gewerkschaftsbonzen“, gegen die bösen USP-Führer und die tschechische sozialistische Regierung loszugehen. Im stillen beten die Kommunisten zu ihrem längst noch nicht abgelegten Herrgott, daß der Landarbeitersstreik zur rechten Zeit gekommen ist. Sonst sähe es mit der KAPD. recht mies aus.

Die gesamte Industriearbeiterschaft, die ganze Angestellten-schaft steht mit ihren Sympathien hinter den streikenden Landarbeitern. Der Kampf der Landarbeiter ist schwer. Nicht nur, weil es den Landarbeitern selber an der gewerkschaftlichen Schulung und Erfahrung mangelt, sondern weil sich überall Streikbrecher finden, die den Landarbeitern in den Rücken fallen. Aus allen Volksschichten stellen sich leider den Agrariern Kauswirer zur Verfügung und es ist tief beschämend sagen zu müssen, daß es auch organisierte Leute gibt, die sich nicht scheuen, entweder selbst Streikarbeit zu verrichten oder ihre Kinder dazu anzuhaken. So wird uns berichtet, daß in Schönfeld ein „rabiskaler“ Mann seine Kinder auf Rittergut schickt. Auf Vorhalt erklärte er: Die Landarbeiter haben beim mitteldeutschen Streik ja auch nicht mitgemacht.

Dazu kommt die von Reichs wegen organisierte Streikbrecher-gesellschaft, die technische Nothilfe. Sie könnte nicht wirken, wenn sich nicht willige Helfer finden würden. Da ist es ein Teil kaufmännischer und technischer Angestellter und Beamter, die sich als Nothelfer betätigen, aber es sind auch Arbeiter darunter, vielleicht sogar solche, die sich bei passender Gelegenheit als ganz besonders radikal gebärden. Die Extreme berühren sich bekanntlich überaus.

Alles kommt in dieser Situation darauf an, den Kampfesmut und die Ausdauer der Streikenden zu stärken, die Einigkeit in ihren

Reihen zu bewahren und Streikbrecher fernzuhalten. Daneben hat die Industriearbeiterschaft zu prüfen, in welcher Weise sie die kämpfenden Brüder aktiv unterstützen kann. Gelingt alles dies, dann ist der Sieg der Landarbeiter gewiß.

Man sollte nun meinen, auch die Kommunisten hätten ein Interesse daran, daß die Landarbeiterbewegung erfolgreich zu Ende geführt wird. Ein Blick in ihre Presse lehrt aber etwas anderes. Das Interesse ihrer Partei steht ihnen wieder einmal höher, als das Interesse des kämpfenden Proletariats. Ihnen ist es nur um den Agitationsstoff zu tun. In ihrem Agitationsbedürfnis sehen sie sich über allen Anstand und über die Wahrheit hinweg. Es hieße den Leuten, die keine eigene Meinung haben dürfen, zu viel Ehre antun, wollte man sich mit ihnen in eine ernsthafte Diskussion einlassen. Unfee Genossen werden dies auch gar nicht erwarten, wenn sie folgenden Satz lesen, den gestern die Redaktion des Roten Kuriers verbrochen hat:

„Gewiß, es (d. h. die Nothilfeleute. D. R. d. L. U.) sind dieselben, die Herr Pipinski damals (d. h. beim Rapp-Pulsch. R. d. L. U.) gegen euch marschieren ließ, dieselben, die er jetzt wieder gerufen hat.“

Die Leipziger Arbeiter wissen ganz genau, wer beim Rapp-Pulsch sein Leben auf's Spiel setzte und wer sich feige im Keller hinter die Kartoffelstille verkrühen hatte. Die Redakteure des Roten Kuriers wüthen auf einer ganzen Seite in ähnlicher Weise weiter. Es wimmelt von Verdrehungen, Lügen und Verleumdungen. Die große Hitze wirkt, wie Figuren zeigt, bei Leuten mit mangelhafter Intelligenz geradezu verheerend. Es besteht auch keine Aussicht, daß eine Venderung zum Besseren eintritt. Wir sparen uns deshalb alle Belehrung. Gegen Dummheit und bösen Willen kämpfen bekanntlich selbst Götter vergebens.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Arbeiter- und Angestellten-schaft die streikenden Landarbeiter mit allen erfolgversprechenden Mitteln unterstützt. Sie tut es aus der klaren Erkenntnis heraus, daß die Sache der Landarbeiter ihre eigene Sache ist und daß der Sieg der Landarbeiter ihr eigener Sieg ist.

### Theateranrechtskarten des Bildungsinstituts.

Die Ausgabe der Karten an die Gewerkschaften und Ortsvereine ist erfolgt, die Vertrauensleute und Beisitzer können dieselben abholen und an die Mitglieder ausgeben. In der Geschäftsstelle des Arbeiter-Bildungsinstituts werden nur an die Genossen Karten ausgegeben, die sich dort eingekauft haben. Anmeldungen können dort noch erfolgen.

Zum besseren Verständnis für die Handhabung der Karte mag folgendes dienen: Von den Anrechtskarten geben wir drei Serien aus: Serie A für Opern (rote Karte), Serie B für Schauspiele (gelbe Karte), Serie C für Konzerte (grüne Karte).

Diese Karten berechtigen nur zur Entnahme von Eintrittskarten für die darauf vermerkte Art der Veranstaltungen. Jede Karte trägt neben der Serienbezeichnung eine Nummer, die für die ausgereifene Veranstaltung zu beachten ist. Alle Veranstaltungen werden rechtzeitig bekanntgegeben. Es wird veröffentlicht, welche Nummern der betreffenden Serie Eintrittskarten zur angekauften Vorstellung zu entnehmen haben. Um die Entnahme der Karten zu erleichtern, haben wir sie nach vier Bezirken: Westen, Norden, Osten und Zentrum-Süd eingeteilt. Die drei Serien eines Bezirkes beginnen mit den gleichen Nummern, und zwischen den einzelnen Bezirken ist ein großer Spielraum gelassen worden: Westen 1—20 000, Osten 20 001—40 000, Norden 40 001—50 000, Zentrum-Süd 50 001—60 000.

Das ist darum geschahen, um die Bezirke auch der Zahl nach voneinander zu trennen. Die Gültigkeit ist auf der Karte vermerkt und reicht vom 1. Juli 1921 bis zum 30. Juni 1922.

Die Ausgabe der Karten geschieht listenweise, die von den Gewerkschaftsbureaus und den Parteifunktionären an die Vertrauensleute und Beisitzer abgegeben werden; diese geben sie in den Bezirken und beim Kassieren an die Mitglieder weiter. Die Listen bleiben zur Kontrolle in den Ausgabestellen zurück, denn jede Karte ist mit Namen und Wohnung des Empfängers versehen. Die Listen sind nach der Ausgabe an das Arbeiter-Bildungsinstitut zurückzugeben. Mit den Veranstaltungen wird am 21. August begonnen.

Die Ausgabezeit für die Entnahme der Eintrittskarten wird an den drei ersten Wochentagen, abends von 5 bis 7 Uhr, an den noch bekanntgegebenen Stellen, meist Ortsvereinsbibliotheken und Volkszeitungs-Büros, erfolgen. Eine straffe Organisation ist nötig, um die Gewisheit plett abzuwickeln. Die Zahl der Ausgabestellen ist nicht groß, aber da sie in den Bezirken liegen, leicht zu erreichen. Die Verlosung der Plätze ist beibehalten worden. Für zwei Eintrittskarten gibt es einen Doppelpfad.

Für den Zoologischen Garten erhalten die Anrechtler billigere Eintrittskarten. Weitere Verhandlungen sind noch im Gange, um auch in anderen Instituten Vergünstigungen zu erreichen.

Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut.

### Ermäßigungen beim Steuerabzug.

Vom Finanzamt wird uns geschrieben: Zur Ausführung der kürzlich durch eine Bekanntmachung des Landesfinanzamtes veröffentlichten Vorschriften, den Steuerabzug betr., hat sich der Reichsminister der Finanzen damit einverstanden erklärt, daß bei Abführung der Beiträge nach § 13 Abs. 1 Nr. 3 des Einkommensteuergesetzes (Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionenkassen) vom Arbeitslohn in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1921 der Zulassung der höheren Ermäßigungen von 40 % bei ständlicher Lohnzahlung, 1,40 M. bei täglicher Lohnzahlung, 8,40 M. bei wöchentlicher Lohnzahlung oder 35 M. bei monatlicher Lohnzahlung für den in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1921 gezahlten und bis zum 31. Oktober 1921 geleisteten Lohn die höheren Ermäßigungen für den in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1921 gezahlten und bis zum 31. Oktober 1921 fällig gewordenen Arbeitslohn auch dann zugulassen, wenn in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1921 Beiträge der in § 13 Abs. 1 Nr. 3 genannten Art bei dem Steuerabzug berücksichtigt worden sind.

Da ein gewöhnlich Sterblicher aus den 115 Worten des ersten Satzes dieser Zulassung kaum klar werden dürfte, gestatten wir uns folgende Uebersetzung in verständlicherer Deutsch:

Nach den Bestimmungen des inzwischen abgeänderten Reichs-einkommensteuergesetzes waren bei Lohnempfängern 10 Prozent des Arbeitslohnes oder Gehalts als Steuern abzugreifen. Dieser Abzug ermäßigte sich bei Bezügen, die im Monatslohn standen, um 10 M., bei Viertelraten um 20 M., für jedes Kind konnten außerdem 15 M. gekürzt werden. Die sog. Werbungskosten wurden bei den Abzügen im allgemeinen nicht berücksichtigt.

Das neue Lohnsteuergesetz will nun diese Vermächtnisse dadurch gutmachen, daß es gestattet, daß bei den in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober fälligen Löhnen usw. ein erhöhter Abzug für Werbungskosten gemacht werden kann.

Der Reichsfinanzminister hat nun gestattet, daß die erhöhten Werbungskosten auch in solchen Fällen angesetzt werden können, wo die Werbungskosten (soweit sie sich aus Beiträgen für Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionenkassen ergeben) in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli beim Lohnabzug bereits berücksichtigt worden sind.

Bietschelt hat das Finanzamt in Zukunft die Güte und läßt zu seinen Neußerungen gleich selbst ein Kommentar schreiben.

### Etwas für Herfurths Hakenkreuzblatt.

Die Deutsche Zeitung berichtet über „Kindermord in Sowjetrußland“ wie folgt:

Infolge der schwierigen Ernährungsverhältnisse in St. Petersburg und Moskau wurden aus diesen Städten etwa 1000 Kinder nach Jaroslav geschickt und dort in einem Wais untergebracht. Nachdem sie mit Pferdefleisch gefüttert wurden, erkrankten sie eines Tages an der Rotkrankheit. Da wurden eines Abends alle Türen abgeschlossen, mit Petroleum begossen und angezündet und so die ganze Kinderzählung eingeschickt. Hierbei darf nicht vergessen werden, daß 98 Prozent davon Proletarierkinder waren. So forgen die Volkshewisten für das Volk!

Herr Lindemann sollte sich diesen seltenen Bissen nicht entgehen lassen. Beschwerden wird es ihm nicht machen, wozu hätte er seine bewährte eiserne Stirn, die ihn ohne Eröden die abgelegten Karthägen über Kreskinsth konterrieren läßt.

### „Wassergott“ und Menschenfreundlichkeit.

Uns wird geschrieben: Am 20. Juli sahen vor dem Lokale „Wassergott“ an der Pleiße in einem Boot zwei Damen und tranken Limonade. Bei dieser Gelegenheit schlug durch Unachtsamkeit das Boot um und beide Unseligen lagen im Wasser. Auf ihr Ruf eilten wir und einige andere Herren zu Hilfe und brachten sie auch glücklich auf's Trockene. Durchkäufte bis auf die Haut wollten die Damen nach Hause. Wir machten ihnen aber den Vorschlag, ihre Sachen doch im Lokale auf der Seite nach dem Walde zu zu trocknen, was sie dann auch taten. Sie legten sich auf die Rückwand des Lokals, während hilfsbereite Damen die Kleider der Verunglückten zum Trocknen aufhängen. Nach kurzer Zeit kam aber die Wirtin und forderte die Damen in einem Tone, wie man ungehörig einen Bettler abweist, auf, ihr Lokal zu verlassen, da sie Rücksicht auf die besseren Gäste nehmen müßte!

Von hilfsbereiten Leuten wurden die beiden Durchkäufte nach einem Seitenarme der Pleiße gefahren, wo sie ihre Oberkleider ungestört trocknen konnten. Die Wirtin vom Wassergott hatte zwar gern gesehen, daß die Vorbeifahrenden eine Jede bei ihr machten, verweigerte ihnen aber bei dem Unglücksfall sogar die Möglichkeit, ihre Kleider zu trocknen. Vielleicht ziehen die wieseln auf der Pleiße Gondelnden aus dieser Lebenswürdigkeit auch ihre Konsequenzen. — Bemerkenswert ist, daß am Wassergott weder ein Rettungsring, noch sonstiges Rettungsgerät vorhanden war, man glaubt doch, daß der Wassergott nicht nur Bierlokal sondern auch Rettungstation sei. Deshalb ist baldige Abhilfe der Mängel zu fordern.

Aus Papa Kleinerey Puppenpieltheater. „Ein neues Stück“ also ist auf den typischen Reklameplakaten des A. W. J. für das Puppen theater zu lesen. Und so ist. Nicht mehr „Hänsel und

### Hundert Prozent.

Von Upton Sinclair.

XXV.

Peter eilte ins Heim der Todds zurück und fand die kleine Jennie blaß und schluchzend auf dem Bett liegen. Man hätte glauben können, sie müßte ihre Gefühle bereits verdrückt haben, — doch hat eine Frau stets noch Gefühle übrig. Als Peter mit dem demütigenden Bewußtsein, er habe bereits eine Frau, herausrückte, sprang die kleine Jennie mit einem Schrei vom Bett und starrte ihn an, wie ein verrückter Geist. Peter versuchte zu erklären, es sei nicht seine Schuld, er habe geglaubt, er werde jeden Tag frei werden können. Aber Jennie rang die Hände und schrie: „Du hast mich betrogen! Du hast mich betrogen.“ Es war wie eine Szene im Kino.

Peter wollte ihre Hand ergreifen, ihr alles erklären, sie jedoch riß sich los, ließ aus entgegengesetzte Ecke des Zimmers, fixierte ihn an, wie ein wildes Tier, das er gestillt hatte und nun zu töten gedachte. Sie machte so viel Lärm, daß er fürchtete, die Nachbarn würden kommen. Er erklärte ihr, wenn die Sache allgemein bekannt würde, so wäre er als Zeuge im Prozeß völlig entwertet und sie könnte die Schuld tragen, wenn Jim Goober an den Hals käme.

Daraufhin schwieg Jennie, und Peter vermochte zu sprechen. Er erzählte ihr die Intrigen der andern Seite: man habe ihm zehntausend Dollar angeboten, wenn er Goober verraten wolle. Da er dies empört zurückgewiesen habe, versuche man nun, mit Hilfe seiner Frau Erpressungen. Gegenüber hatten die Feinde entdeckt, er sei in eine Liebeslei verstrickt und wollten dies nun gegen ihn ausnützen.

Jennie gestattete Peter nicht, sie anzurühren, doch setzte sie sich und hörte ihn an. Auf keinen Fall, meinte sie, dürfe der Goober-Sache geschadet werden. Peter habe ihr ein großes Unrecht angetan, aber sie sei bereit, dafür zu leiden, würde ihn nie öffentlich belächeln.

Peter sagte, vielleicht sei das ganze gar nicht so ernst. Er habe sich alles überlegt, wisse, wo Pericles Priam, sein einziger Herr wohne, glaube bestimmt, dieser würde ihm zweihundert Dollars leihen und dann könne Jennie zu einem Arzt gehen, der ihr — der ihr aus der schwereren Lage helfen würde. Die kleine Jennie unterbrach ihn; trotz ihrer Kindlichkeit war sie dennoch in gewisser Beziehung eine reife Frau. Sie hatte bestimmte Ansichten, sich man gegen diese, so war es, als stöße man gegen eine Steinmauer. Sie wollte von Peters Plan nichts wissen, dies wäre Mord, meinte sie.

„Ausinn!“ rief Peter, Mr. Givney nachsprechend. „Das ist gar nichts, alle tun es.“ Aber Jennie hörte ihm gar nicht zu. Sie sah mit wilden, entsetzten Augen vor sich hinstarende, zupfte ruhelos an ihrem Kleid. Peter beobachtete ihre Finger, die stete Bewegung gingen ihm auf die Nerven.

„Wenn du es nur nicht gar so ernst nehmen wolltest“, bat er. „Es ist ein unglücklichster Zufall, wir müssen uns zu helfen ver-zuchen. Einem Tages werde ich frei sein und dich heiraten.“

„Schweig, Peter“, flüsterte das Mädchen mit gepresster Stimme. „Wenn du mir sonst nichts zu sagen hast, so will ich dich nicht anhören. Ich weiß nicht einmal, ob ich dich noch heiraten möchte, jetzt, da ich weiß, wie du mich betrügen konntest, mich monatelang, Tag für Tag betrügen konntest.“

Peter fürchtete, sie werde abermals hysterisch werden. Er versuchte, sie zu beruhigen. Wirklich schnellte sie auf. „Geh jetzt und laß mich allein. Ich werde alles überlegen, einen Entschluß fassen. Auf keinen Fall werde ich dich kompromittieren; aber geh, laß mich allein, geh gleich.“

XXVI.

Sie trieb ihn aus dem Haus, und Peter begab sich, von Sorgen gequält, auf die Straße. Er wanderte ziellos umher, wußte nicht, was tun, folterte sich mit dem schrecklichsten aller Gedanken: wie anders wäre mein Leben, hätte ich dies getan, jenes unterlassen. Dann ging er in ein Restaurant und ließte sich ein gutes Mahl. Aber selbst dies vermochte ihn nicht zu trösten. Er malte sich aus, wie Sable eben heimkommt, wird Jennie es ihr sagen oder nicht?

An diesem Abend fand eine große Versammlung des Goober-Verteidigungs-Komitees statt. Peter ging hin, und er hätte nichts Uebrigeres tun können. Sein Geist war nicht in der Versammlung, die wilden Leidenschaften der Menge zu ertragen. Ihm war, er müßte jeden Augenblick entführt, angefaßt werden, — was dann gescheher würde, wußte er nicht. Tausende von Arbeitern umgaben ihn hartnäckige Schmiede, riesenhafte Hafenarbeiter mit ungeheurer Schultern, Eisenbahner mit Häuten wie Mauerschleicher, langhaarige Radikale in hunderten geschäftlichen Abarten, Frauen die freistrhen und rote Tafelständer schwankten.

Wilde Mut war durch den Goober-Prozeß aufgepeitscht worden, und Peter wußte genau, daß er für diese Leute ein Verräter, ein Giftwurm, eine Schlange war. Entdecken sie, was er getan, — und konnte sich nicht jeden Augenblick einer erheben und ihn entführen? — so würden sie ihn in Stücke zerreißen. Vielleicht bekenn Jennie in diesem Augenblick Sable alles, und Sable teilte es Andrews mit, der vielleicht Verdacht schöpft und Peter Spion nachheh! Vielleicht beobachtet ihn jetzt schon Spione, haben sich Zusammengetrieben mit Mr. Givney belauscht!

Von solchen Angsten verzehrt, mußte Peter langen Reden lauschen, mußte hören, wie Gullens Kräfte entfällt, wie der Staatsanwalt als Weinwäger, seine Agenten als Fälscher und Erpresser hingestellt wurden. Peter begriff nicht, wie detarig Reden gestattet werden konnten, weshalb diese Leute nicht alle im Gefängnis kamen. Und nun mußte er zuhören, Beifall klatschen und auch alle andern anwesenden Geheimgentgen des Truste mußten zuhören und Beifall klatschen. Peter traf Miriam Janko mit; sie setzte sich neben ihn und sagte: „Schauen Sie, dort drüben sind zwei Spigel, schauen Sie sich die Gesichter an.“

„Welche?“ fragte Peter. „Der eine Kerl, der wie ein Boxer aussieht, und der andr neben ihm mit dem Rattengesicht.“ Peter blinnte auf und erkannt Mr. Givney; dieser schaute Peter an, verriet aber nicht, daß er ih kenne.

Die Versammlung währte bis Mitternacht. Es wurden e-lfche tausend Dollar zusammengebracht und Resolutionen gefaß



gefließen durch Vermittlung der Kreisbauernvereine an das Wirtschaftsministerium zu berichten und dessen Stellungnahme abzuwarten. Bei Prüfung der Bedürfnisfrage ist besonders streng zu verfahren.

Chemnitz. In einem Gutshofe in Chemnitz-Gablenz brannte dieser Tage eine Scheune ab. Kurz darauf erhielt der Besitzer einen Erpresserbrief, in dem er aufgefordert wurde, um Mitternacht 150000 Mark bei der Andraevstraße zu hinterlegen, widrigenfalls sein ganzes Gut in Flammen aufgehen würde. Unterzeichnet war der Brief mit „Besitzer des Landes“. Zum Scheine ging man auf die Erpressung ein. Um die angegebene Stunde verhaltete man den Erpresser, einen 17jährigen Bäckerlehrling, der einsteigend, die Scheune anzündete zu haben, um den Gutshofbesitzer einzuschüchtern!

## Gewerkschaftsbewegung.

### Die Gewerkschaftsbewegung.\*

Durch die revolutionären Umwälzungen sind die Gewerkschaften bedeutend gestärkt worden. Das trifft vor allen Dingen auf Deutschland zu, doch auch in den übrigen Industrieländern ist die gleiche Bewegung zu beobachten. Während wir von den Vorkämpfen aus gewerkschaftlichem Gebiet in Deutschland während des Krieges verhältnismäßig gut unterrichtet sind und es auch an zusammenfassenden Darstellungen nicht gebricht, fehlen uns vom Ausland die eingehenden Kenntnisse. Das ist dem Krieg und seinen Nachwirkungen geschuldet. Nur spärlich und auf Umwegen, dann aber meistens auch noch tendenziös gefärbt, trafen während des Krieges die Nachrichten von Streiks und sonstigen Arbeitskämpfen bei uns ein. Es war nicht möglich, aus diesem Material einwandfreie Schlussfolgerungen zu ziehen und ein Gesamtbild von der Gewerkschaftsbewegung zu entwerfen.

Diesem Uebelstande zu einem guten Teile abgeholfen zu haben, ist das Verdienst Siegfried Rehrigs, der seinen Band des dritten Bandes seines Werkes: „Die Gewerkschaftsbewegung“ erscheinen ließ. Dieser Band stellt seinen beiden Vorgängern in nichts nach. Er ist erst im April dieses Jahres abgeschlossen worden und enthält eine leichtverständliche und doch nicht oberflächlich zu nennende Betrachtung der Gewerkschaften des Auslandes. Mit demselben Eifer, mit dem Rehrig in den ersten beiden Bänden seines Werkes die deutsche Gewerkschaftsbewegung darstellt, hat er sich auch die Pflege des Studiums der ausländischen Gewerkschaften angeeignet. Alle wichtigen Länder der Erde finden ihre Berücksichtigung, wobei versucht wird, in knappen Strichen auch die Entstehungsgeschichte der Gewerkschaften und ihre Entwicklung bis zur Gegenwart aufzuzeigen. Wenn hier und da manches recht knapp wegkommt, was vorzuziehen etwas eingehender zu behandeln gewesen wäre, so trägt daran neben dem immerhin beschränkten Raum die Schwierigkeit der Materialsammlung für die Krieges- und Nachkriegszeit den größten Teil der Schuld. Bei den schlechten internationalen Beziehungen und dem starken Mistrauen, das auch heute noch der Verständigung hindernd im Wege steht, muß man schon anerkennen, daß Rehrig keine Mühe und Ausgabe gescheut hat, um ein möglichst abgerundetes Bild bieten zu können.

Es ist ein vielgestaltiges Bild, das uns aus dem Buche entgegenleuchtet. Je nach dem Grad der industriellen Entwicklung und der dadurch bedingten politischen Machtverhältnisse sind die Formen der gewerkschaftlichen Organisationen und die Art ihrer Ziele und Kämpfe verschieden. „Das Bild“, so sagt Rehrig am Ende des Buches, „ist das Gesamtbild abstrahieren: Internationaler Rückblick und Ausblick — „das die weltübergreifende Gewerkschaftsbewegung uns zeigt, ist bunt; verschiedene Tendenzen ringen miteinander, verschiedene Entwicklungsstufen zeigen verschiedene Phasen der Organisationen. Aber es fehlt doch nicht an dem Gemeinsamen, und die Zeit wird kommen, wo die Spannungen, die heute noch bestehen, überwunden werden. Nicht im Sinne einer Uniformität der Bewegung, die unmöglich erscheinen muß angesichts der unterschiedlichen wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Voraussetzungen in den verschiedenen Ländern und Erdteilen, aber im Sinne des festen Empfindens der allgemeinen Interessensolidarität, des klaren Willens zum gemeinsamen Wirken der letzten Enstschlossenheit, durch treues Zusammenhalten in allen entscheidenden Fragen, mitzuwirken an einer neuen Weltgemeinschaft, die keine Anechtung und Ausbeutung mehr kennt.“

Das ist auch unsere Meinung. Je mehr diese Überzeugung Allgemeingut wird, desto mehr ist es möglich, die in den Gewerkschaften ruhende Macht einzusetzen zum endgültigen Sturz der kapitalistischen Macht und zur Herbeiführung des Sozialismus.

\* Die Gewerkschaftsbewegung von Dr. Siegfried Rehrig, Verlag von Ernst Schmidt Moritz (Inh. Franz Mittelsch), Stuttgart. 3 Bände, die einen Gesamtumfang an Text von mehr als 1300 Seiten haben und zusammen broschiert 74 Mark — in Halblein gebunden 89 Mark — kosten. Dritter Band allein (VIII und 422 Seiten) broschiert 30 Mk., in Halblein gebunden 36 Mk.

### Vom Landarbeiterstreik.

Der Streik geht weiter, die Arbeiter stehen fest zusammen. Es haben sich wieder eine Anzahl Streikbrecher gefunden. Es sind dies aus Karlsruhe Sommersfeld, Maurermeister Karl Baum, Tischlermeister Heinz Baum, Maurer Max Baum, Sattlermeister Otto Baumbach, Postbeamter Kerker, die Eisenbahner Grösch, Winkler, Köhne und Weiners, Gärtner Schwänter, Gärtner Lehmann und Sohn, Wittmann, Rudi und Richard, vom

Kaufmann Köhler Sohn und Tochter, Koniager und Frau, Salzmann, Martho, der Sohn vom Pfarrer und der Sohn vom Schmeiser des Rates, Walter Daubold.

Auf Gütern im Westen: Paul Göhlich, Schachtarbeiter, Arbeiterfrau Marquardt, Göhlich, Arbeiterfrau Paul Heuer, Kaulen, Schachtarbeiterin Neumann, Kaulen, Kälchenerstr. 24; Riebt, Marktstraße, Fritz Schmidt, Zimmermann, Göhlich, Schachtarbeiter Ehold, Marktstraße, Eisenbahnerbeiter Bregdorf und Kühle, Eisenbahnerbeiter Ernst Kreisler und Frau, Quetsch, Metallarbeiter Willi Berner, Quetsch, Eisenbahnerbeiter Darnitz, Duesch.

Auf dem Mittelgut Schnefeld ist die Schulkinder von Dertel, Clara-Wied-Str.; Schade, Clara-Wied-Str.; Hofmann, Bauhner Straße; Eißner, Schmidt-Kühl-Str. 3; Bönig Schmidt-Kühl-Str. 25; Rogel, Ofenlegermeister, Stettiner Str.; Hofmann, Breslauer Str.; Ehardt, Breslauer Str. 35; Jahn, Breslauer Str. 54.

Zu berücksichtigen, das es in der Notiz vom Montag nicht Segler, sondern Robert Dealer, Schönefeld, Emil-Säubert-Str. 13, II., heißen muß.

Dagegen sind durch Versehen auf die Liste gekommen: Schneeweis, Lindenau, und Hermann Blumenreißt und Herrn, Paulsch d. Gundorf. Diese verrichten keine Streikarbeit. Wir bitten dies zu beachten.

### Hohn und Spott des Unternehmers.

Die Arbeiter der Firma Ch. Mansfeld waren mit der Betriebsleitung in Verbindung getreten, um zu erreichen, daß die Löhne den durch den Brotwucher der bürgerlichen Parteien veräußerten Lebensverhältnissen angepaßt werden. Unter dem 28. Juli hat der Arbeitgeber der Firma einen Brief von der Betriebsleitung erhalten, aus dem der weitere Verlauf der Bewegung ersichtlich ist. Dieser Brief ist ein Musterbeispiel von Arroganz und Ueberheblichkeit. Er läßt erkennen, daß sich die Unternehmung sehr stark zu fühlen beginnt und glauben, der Arbeiterchaft alles bieten zu können. Wir drucken hier die wichtigste Stelle des Briefes ab. Sie lautet:

Sie haben mir auf drei Neuen Schmutzigen Papiers eine Resolution der Arbeiterchaft überreichen lassen, welche in einer am Mittwoch stattgefundenen Betriebsversammlung gefaßt worden ist.

Um diese Resolution näher zu beleuchten, möchte ich Ihnen erst vor Augen führen, daß ich in der am Sonntagabend, dem 8. d. M., abgehaltenen Arbeiteratsung von Seiten des Arbeiterrats um eine Lohnzulage gebeten wurde. Herr Hugo Mansfeld hat darauf erwidert, daß er die Löhne nachprüfen wolle, und daß er auch bereit sein würde, sie einzelnen Fällen, wo die Höchstlöhne nicht erreicht sind, und wo es angebracht erscheint, eine kleine Zulage zu gewähren. Ausdrücklich ist bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen worden, daß eine allgemeine Zulage nicht gegeben werden kann. Dasselbe hat Herr Hugo Mansfeld Herrn Poppe nochmals wiederholt gesagt, als derselbe wegen einer andern Angelegenheit aus dem Privatkontor des Herrn Hugo Mansfeld gewesen ist.

In der darauf vorgenommenen Prüfung der Löhne habe ich einem Arbeiter 2 Pfg., zwei Arbeitern 3 Pfg., 69 Arbeitern 5 Pfg. und 11 Arbeitern 10 Pfg. und mehr zugewagt.

Diesemigen, die 2 und 3 Pfg. Zulage erhalten haben, sind wohl fast alle neue Leute, und habe ich diese Zulage zugewagt nur als Abwendung des Lohnzuges bewilligt. Nach vorstehender Erklärung kann wohl von einer Verhöhrung keine Rede mehr sein; denn ich habe ausdrücklich eine allgemeine Zulage abgelehnt und nur für einzelne Fälle von vornherein eine Zulage zugewagt.

Wenn das keine Verhöhrung der Arbeiter ist, gibt es überhaupt keine. Es gehört schon einiger Mut dazu, in einer Zeit, in der der Brotpreis um mehr als das Doppelte steigt, den Arbeitern eine allgemeine Lohnverhöhrung plattweg abzuschlagen, einzeln aber ganze 2 oder 3 Pfennige die Stunde zuzulegen. Ob Herr Mansfeld sich wohl überlegt hat, welche Folgen diese Verhöhrung der Arbeiter ausüben muß? Denn darüber soll sich Herr M. nicht täuschen; die Zeit kommt, wo dies die Arbeiter vertragen werden.

Das sieht die Betriebsleitung wohl auch selbst, und sie versucht infolgedessen vorzubeugen, als sie sich eine neibe Schucke heranzuschaffen trachtet. Die Metallarbeiter lehnen es begriffschwerweise ab, mit Verrätern zusammenzuarbeiten. Sie stellen das Ersuchen, die neuereinstellten Mitglieder des selben Arbeiterbundes zu entlassen. Gestützt auf sein wirtschaftliches Uebergewicht und mutig gemacht durch das Anschwellen der Arbeitslosen, lehnte dies Herr Mansfeld höhnisch ab, indem er schrieb:

„Zum Schluß möchte ich Ihnen noch mitteilen, daß die gebachten Leute unter keinen Umständen von mir entlassen werden, und ich stelle es jedem einzelnen anheim, der mit diesen Leuten nicht zusammenarbeiten will, sich anderweitig Arbeit zu suchen, wo ihr Arbeitgeber nicht durch diese schreckliche Zurücksetzung beunruhigt wird.“

Kun, die Räume des Herrn Mansfeld werden auch nicht in den Himmel wachsen. Wenn die Arbeiter fest zusammenstehen und ihre Organisationen stärken, werden sie einen Fels bilden, an dem die Willkür dieser und ähnlicher Schurkmacher zerbricht, trotz alledem!

### Unternehmersolidarität.

Der Penzalausschuh Leipziger Arbeitgeberverbände hat aus Anlaß des Streiks im Schuhgewerbe folgende Aufforderungen an seine Mitglieder gerichtet:

„Die Freiseiger haben zur Beseitigung der Sonntagsarbeit einzelne große Geschäfte durch Streik lahmgelegt. Wo

Gegenmaßnahmen ist erbeizuberzichtig die Aussperrung sämtlicher Gehilfen ins Auge gefaßt. Die Gehilfen tragen sich mit der Arbeit, in industriellen Großbetrieben und Handlungsbetrieben sogen. „fliegende Barbierstuben“ aufzumachen. Was ein solcher Versuch im Falle eines Betriebsunternehmens werden sollte, bitten wir dringend um Ablehnung. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß ohne Zustimmung des Arbeitgebers die Errichtung solcher fliegenden Barbierstuben undurchführbar ist.

Die Arbeitgeberchaft hat es also in der Hand, die Freiseiger als Mittelspersonen in ihrem Kampfe, der nach unserer Auffassung als Vorpostenkampf für die in nächster Zeit zu erwartenden, weit schwereren Kämpfe der Gewerkschaften anzusehen ist, zu unterdrücken.“

Daraus mögen die Arbeiter und Angestellten lernen und ebensolche Klassenolidarität üben.

### Der Nationalverband deutscher Gewerkschaften,

die überste gelbe Sumpfpflanze unter den sogenannten wirtschafts-friedlichen Arbeitnehmerorganisationen, versucht überall die Arbeiter in sein Garn zu loden. Mehrere gelbe Berufsverbände sind dem „Nationalverband“ angeschlossen, die wir nachstehend zur Kenntnis der Arbeiter bringen, damit sie beim Austausch dieser mit Unternehmern großgezogenen Streikbrecherorganisationen sofort Bescheid wissen. Es gehören dazu: Deutscher Arbeiterbund, Nationaler Bergarbeiterverband, Deutscher Vorarbeiterbund, Gewerkschaftsbund nationaler Angestellter, Bund der Bäcker (Konditorangehörigen) Deutschlands, Nationaler Arbeiterbund, Deutscher Hotel- und Gastwirtsangehörigenverband, Verband deutscher Kranenpfleger, Hellschiffen und Mastseure, Deutscher Bautechnikerbund, Deutscher Straßenbahnverband, Nationaler Beamtenbund, Reichsverband deutscher Hausfrauen und Privatlehrerinnen und der Reichsanwärterbund.

Arbeiter, hütet euch vor diesen Organisationen, sie arbeiten Hand in Hand mit den Unternehmern, mit euren Ausbeutern. Die Leiter davon stehen im Solde des Kapitalismus und verraten täglich die Arbeiter.

### Hilfe für die Diätäre!

Der Deutsche Beamtenbund hat an die Reichs- und die preussische Regierung eine dringliche Eingabe wegen Erhöhung der Bezüge der Diätäre, Prohibitoren und gleichartiger Staatsangestellten aller Verwaltungen mit dem Ersuchen um alsbaldige Aufnahme von Verhandlungen gerichtet. Gefordert wird die sofortige Niederlegung der Bezüge und die Berechnung des Ausgleichszuschlages nach dem jeweiligen Stand des Lohnsatzes, sowie seine Ausdehnung auf alle Diätäre aller Verwaltungen.

### Lohnbewegung in der mitteldeutschen Textilindustrie.

Die Textilarbeiter von Mittel- und Norddeutschland beschließen in einer Hauskonferenz in Uetersen, die Tarifverträge wegen der bevorstehenden Lebensmittelvertheuerung zu kündigen und in eine Lohnbewegung einzutreten.

### Die Danziger Gewerkschaft ist auf Wokhluß des Völkerverbundes heute geschlossen worden.

Infolgedessen sind gegen 1300 Arbeiter, Angestellte und Beamte entlassen worden.

### „Die Arbeiter wollen die Forderungen des ADGB. erkämpfen.“

So verläßt sich die Rote Fahne und druckt lange Resolutionen ab, in denen die Verwirklichung der vom ADGB zur Milderung der Arbeitslosigkeit aufgestellten 10 Punkte verlangt wird. Den Arbeitlosen wird bei jeder mehr oder weniger passenden Gelegenheit gesagt, daß nur die Kommunisten ein warmes Herz für die Arbeitlosen haben.

Wie sieht es nun in Wirklichkeit mit dem Interesse der Kommunisten für die Arbeitlosen aus?

In einer Hochburg der Kartells, in Halle, stellte die kommunistische Fraktion des Kartells einen Antrag, in einer Versammlung aller Gewerkschaftsangehörigen die Frage der Arbeitslosigkeit und die 10 Punkte zu behandeln. Der Kartellvorstand betief daraufhin eine Massenversammlung nach dem großen Saale im Volkspark ein. Die Versammlung wurde durch Inzerat in den Kartell-Mitteilungen, die in einer Auflage von 2000 Stück erschienen, bekanntgegeben. Außerdem erhielten zwei Tage lang ein großes Plakat an den Anschlagtafeln, das zum Besuch der Versammlung einlud.

So mußte man annehmen, daß die Massen gestromt kämen, um ihr Interesse an der Not der Arbeitlosen zu bekunden, und um die Möglichkeit zu haben, „Kampfschlüsse“ zu fassen. Doch wie sah es aus! Eine halbe Stunde nach der angelegten Zeit waren glücklicherweise 40 bis 50 Mann erschienen. Nicht einmal die Antragsteller waren vollständig da. Die Versammlung fand nicht statt.

Aber die „Gewerkschaftsbureaukraten“ sind natürlich zu „sein“, um den Kampf für die Erfüllung der 10 Punkte zu wagen.

### Briefkasten.

Postsekretär. Bestimmte Rechtsanwälte zu empfehlen, müssen wir ablehnen.

H. B. 133. 1. Den Kindern wird die Rente weiter gezahlt. Abfindung ist ausgeschlagen. 2. Diese Frage ist unklar, läßt sich daher nicht beantworten. 3. Werden Sie sich an das Ortsamt für Kriegesfürsorge, wo Sie diese Auskunft erhalten können. Ohne die nötigen Unterlagen läßt sich dies nicht feststellen. 2. Marx Parteifasse.

## Nützliche Bekanntmachungen.

### Vermietung von Mietwohnungen

Wir bringen hiermit § 1 der Ordnung, die Vermietung von Mietwohnungen außerhalb der Gashäuser betz., in Erinnerung, der folgendes bestimmt:

Wer, ohne eine Gastwirtschaft (Gasthaus) zu betreiben während der hiesigen Frühjahrs- oder Herbstmustermesse Mietwohnungen vermieten wollen, dringend nahe, sich mit den Bestimmungen der Mietvermietungs-Ordnung vertraut zu machen. Die Ordnung kann im Neuen Rathaus, 2. Ober-

Beginn der Messe, auf die ich die Vermietung beziehen soll, bei dem Wohnungsamt des Reichsamtes für die Mustermesse in Leipzig, Katharinenstraße 1, „Alte Waage“, anzufragen und die auf dem Anmeldebogen geforderten Angaben zu machen. — Die Anmeldung ist durch entsprechenden Nachtrag richtigzustellen, sobald erhebliche Veränderungen an dem zur Vermietung bestimmten Räume, insbesondere leiner Lage, seiner Ausstattung und seinem Preise eintreten.

Zumiderhandlungen hiergegen sowie gegen die übrigen Bestimmungen der Ordnung werden mit Geldstrafe bis zu 100 Mk. geahndet. Wir legen allen, die Mietwohnungen vermieten wollen, dringend nahe, sich mit den Bestimmungen der Mietvermietungs-Ordnung vertraut zu machen. Die Ordnung kann im Neuen Rathaus, 2. Ober-

geschloß Zimmer 447, eingesehen werden. Ueherdem sind Abdrücke der Ordnung beim Wohnungsamt des Reichsamtes, Katharinenstraße 1, kostenlos zu haben.

Leipzig, den 1. August 1921.

### Weitere 2 Pfund Einmachzucker.

Zu der Zeit vom 5. bis zum 28. August 1921 werden auf die vierte Marke der Zuckerarte Reihe 21 weitere 2 Pfund Einmachzucker ausgegeben, so daß diese Marke mit 3 Pfund Zucker beliefert wird.

Für die Kinder bis zu 2 Jahren werden die 2 Pfund Einmachzucker auf die Hilfsmarke 1 1/3 L. der Lebensmittelkarte für Kinder bis zu 2 Jahren 1 1/3 T. ausgegeben. Der Zucker ist in den bekannten Nahrungsmittelvertriebsstellen für Säuglinge

bis zum 18. August anzumelden. Markeneinlieferung durch die Nahrungsmittelvertriebsstellen. Ausammen mit den Marken M N Z 12, am 18. August, Ausgabe an die Verbraucher am 23. August an. Leichter Abholungstag am 5. September.

Verbraucher, die Ergänzungssunderarten haben, müssen vom 5. August 1921 an bei der Kartensverteilung, Katharinenstraße 8, Zwischenschloß, unter Vorlegung der Haushaltkarte und des Wohnungsmeldescheines weitere Ergänzungssunderarten für die 2 Pfund Einmachzucker entnehmen.

Auf Beauftragten und K-Zuckerarten darf kein Einmachzucker geliefert werden. Anträge auf besondere Zuckerarten bestehen nicht. Es muß auf jede Zuckerart, auch Brotzucker, als Einmachzucker abgenommen werden. Ernährungsamt Leipzig, am 3. August 1921.

Gerste eingetroffen. Hüfner-Rörner 1.50, Mais 1.80, Reis 1.40, Kaffeebohnen beliebtigt. Preise bei 10 Pfd. im Str. bill. Feist, Strabenbahn 1 u. 8.

Möbel gibt es keinen Ball Reichtum jetzt und überall! Fragt Du auch, wie's damit steht? In Bezug auf Qualität? Es ist leider nicht egal! Wie beim Kauf Du triffst die Wahl. Willst Du dich nicht hinterfragen? Sei darum stets auf der Hut. Nobling hier, der liefert gut. Bayersche Str. 32.

Nur einige Tage! Musverkauf wegen Aufgabe meines Geschäfts. Mantel, Kostüme, Röcke, Blusen, weit unter Einkauf. Peter Schmitz Nachf., Speisehof-Passage, Durchgangs s. Reichsstraße.

Telephonisch können Inserate nicht angenommen werden. Redaktion d. Völk. Volkswirt

## Thonberg-Neureudnitz-Stötteritz U.S.P.

Sonnabend, den 6. August

## Gemeinsames Kinderfest.

Thonberger Teilnehmer: Sammeln 1/3 Uhr auf dem Ostplatz. — Abmarsch 3 Uhr mit Musik nach Stötteritz. Stötteritzer Teilnehmer: Sammeln um 8 Uhr in der Glinzstrasse. Gemeinsamer Festzug mit Musik nach dem Brauereigarten.

Dasselbst Belustigung für jung und alt: : : Gartenkonzert, Spiele usw. : : : Kinder, vorgesetz Laternen und Fänchen nicht. Die Vorstände der Ortsvereine Thonberg-Neureudnitz und Stötteritz.

Gummiklose Spezial-Haus für modernen sanitären Bedarf Leipzig, Hainstraße 17/19

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines Sohnes Erich Schömburg sagen wir allen Verwandten und Bekannten, meinen Arbeitskollegen von der Firma Leich & Co. und meinen Arbeitskollegen unsern herzlichsten Dank. L. Lindenau, den 1. August 1921. Emil Schömburg und Sohn.

